

Besprechungen

Helmut Schoeck: Der Neid. Eine Theorie der Gesellschaft. Freiburg/München 1966. Karl Alber. 432 S.

Ein interessantes und wichtiges Buch, das nicht nur den Soziologen und Sozialwissenschaftler angeht, das auch in weiten Kreisen seine Leser finden wird, zumal es allgemeinverständlich geschrieben ist! Wären nicht die vielen Wiederholungen, dann wäre es eine spannende Lektüre. Auch ist der Untertitel irreführend. Was Helmut Schoeck bietet, ist eine umfassende Monographie über den Neid, jedoch nicht „Eine Theorie der Gesellschaft“. Hierzu werden nur einige Teilstücke gegeben; das, was als Ansatz zu einer Theorie gelten könnte, ist im Schlußkapitel zusammengefaßt: Eine Theorie des Neidens in der menschlichen Existenz.

Die 22 äußerlich als gleichwertig nebeneinander gestellten Kapitel dieses Buches zeigen ein seltsam buntes Bild: 1. Der Mensch als Neider, 2. Neid und Sprache, 3. Der neidische Mensch im Spiegel der Kulturen, . . . 7. Der Neid in der Sicht der Sozialwissenschaften, 8. Das Verbrechen aus Neid, 9. Neid der Götter und Schicksalsbegriff, 10. Der Neid in der Dichtung, . . . 18. Ist Eigentum Diebstahl? 19. Soziale Entrüstung, 20. Der Neid als Steuereinzahler, . . . Die fehlende Systematik im Aufbau läßt Wiederholungen unvermeidlich erscheinen. Aber vielleicht war es gar nicht anders möglich, an dieses bisher von der Wissenschaft vernachlässigte Thema heranzukommen, als zu versuchen, den Neid in vielerlei Zusammenhängen erst einmal zu erkennen und die systematische Verarbeitung späteren Publikationen zu überlassen.

Schoeck folgt bei der Umgrenzung des Begriffes Georg Simmel: „Dem als Eifersucht bezeichneten ist es eigen, daß das Subjekt auf jenen Besitz einen Besitzanspruch zu haben meint, während der Neid nicht nach dem Recht, sondern einfach nach der Begehrbarkeit des Versagten fragt: ihm ist auch gleichgültig, ob das Gut ihm deshalb versagt ist, weil jener Dritte es besitzt, oder ob selbst Verlust oder Verzicht seitens dieses ihm nicht dazu verhelfen würde“ (Georg Simmel: Soziologie. München u. Leipzig, 2. Aufl. 1922, S. 210).

Obwohl der Neid eine Grundeinstellung des Menschen ist, können ihm, so meint Schoeck, einige wichtige soziale Funktionen zugeschrieben werden: 1. Er kann die Mächtigen in Schranken halten, er prüft das Vorrecht der Privilegierten und fördert die Gleichheit vor dem Gesetz. Im Extrem allerdings führt er zu Erscheinungen wie dem Scherbengericht im alten Athen (Ostrazismus). 2. Die Effizienz von

sozialen Gruppen kann erhöht werden, weil der Neid die mögliche Illoyalität einzelner vermeiden hilft. 3. Die Bescheidenheit (als wichtiges Mittel der Neidvermeidung) ist eine wichtige Grundlage des sozialen Zusammenlebens. 4. Die Tradition als Ausfluß des Neides kann positive soziale Werte hervorbringen, wenn unerwünschte Neuerungen vereitelt werden. 5. Die soziale Kontrolle als Folge des Neides kann sozial unerwünschten Luxus einzelner oder auch die Ausgaben der öffentlichen Hand beschränken. Diesen von Schoeck allerdings nicht systematisch herausgearbeiteten sozialen Funktionen stellt er andere Disfunktionen des Neides gegenüber: Die Neidvermeidung kann so weit führen, daß alle Neuerungen unterbleiben, daß kein Wettbewerb möglich ist und damit das wirtschaftliche Wachstum gehemmt oder gar unmöglich wird. Das wird von Schoeck an den Entwicklungsländern eingehend exemplifiziert, die, wie der Autor meint, manchmal so hohe kulturelle Neidschranken und Neidvermeidungskonventionen aufweisen, daß eine wirtschaftliche Initiative kaum aufkommen kann. Einige ethnologische Beispiele sind sehr instruktiv (vgl. bes. im 4. Kapitel: Der Neid beim Schadenzauber).

Eine große Rolle spielt in der Gesellschaft die Neidvermeidung als Schutzmaßnahme. Dazu sind zu rechnen 1. gesellschaftliche Schranken (das positive Recht; Religionen, die Entsagung oder Hoffnung auf Entschädigung im Jenseits predigen; Theorien über angeborene Überlegenheit von Eliten) und 2. individuelle Schranken (Bescheidenheit; die Vorstellung vom kapriziösen Glück: Pech und Glück werden als Zufall, nicht als Schuld oder Verdienst des einzelnen angesehen). Seltsamerweise nennt der Autor in diesem Zusammenhang nirgendwo das Almosengeben, die Caritas.

An einigen Stellen könnte man meinen, daß Schoeck dem Christentum als Neidbeschwichter eine besondere Rolle für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung beimißt. So heißt es z. B. einmal: „Es war die geschichtliche Leistung dieser christlichen Ethik“ (d. h. die beständige Mahnung, mit der Ungleichheit seines Nebenmenschen fertig zu werden), „im Abendland die menschliche Schöpferkraft durch eben diese Bändigung des Neides angespornt und beschützt, ja vielleicht überhaupt in diesem Umfang ermöglicht zu haben“ (S. 149). Oder aber: „Die christliche Religion hat das soziale Problem, wie der perfektionistische Gläubige sich vor dem Neid und den Angriffen der sich für weniger vollkommen haltenden schützen kann, auch nur teilweise zu lösen vermocht“ (S. 138). Oder: Die „so bemerkenswerte Leistung des Neuen Testaments, die Gläubigen von eben diesem primitiven, vorreligiösen, irrationalen Schuldgefühl, dieser universalen Furcht vor dem Neid des Nächsten und vor dem Neid der Götter und Geister befreit zu haben“ (S. 284). Im besonderen wird dann wiederum dem Calvinismus, ähnlich wie von Max Weber, eine besondere Rolle für die Entwicklung zum Kapitalismus zugeschrieben: „Und es war eine erstaunliche Entwicklung nach der Reformation, vor allem im Calvinismus, die es dem einzelnen ermöglichte, sich ohne Scham für besser als andere zu halten und es auch in seinen Werken

zu zeigen“ (S. 311). Oder: „Eine für die Neideindämmung sehr wirkungsvolle Doktrin ist die Lehre von der Prädestination im Calvinismus gewesen“ (S. 382). Die Frage, ob wirklich die große Leistung des Christentums darin bestanden hat, den Neid zu bändigen, ist aber doch wohl nicht so eindeutig zu beantworten, wie es Schoeck tut.

Heftig werden die „Neidvermeidungsingenieure“ egalitärer Ideologie angeklagt; sie seien völlig im Irrtum, wenn sie glaubten, mit Einkommens- und Vermögensausgleich den Neid zu beseitigen; kleine Unterschiede blieben immer bestehen, und gerade die kleinen — nicht die großen — Unterschiede im Materiellen und Geistigen gäben Anlaß zum Neid. Mit dem Sozialismus geht Schoeck daher scharf ins Gericht. So heißt es auf S. 278: Frühere chiliastische sozialrevolutionäre Sekten, der Marxismus und der abstrakte Sozialismus hätten versucht, „die neue Gesellschaft auf der Tugend des Neides zu errichten“. Und auf S. 382: „Im Grunde ist es erst im Marxismus der abstrakte und glorifizierte Begriff des Proletariats, der Enterbten und Ausgebeuteten, in dem eine unerbittliche Neidposition voll legitimiert wird.“

Ebenfalls zu weit geht Schoeck sicher, wenn er meint, daß die Wohlfahrtsökonomik eine Theorie sei, die den geringsten Neid für die größtmögliche Menschenzahl anstrebe (S. 333 ff.).

Alles, was Schoeck über den Neid der Führenden und Geführten in den Entwicklungsländern schreibt, ist ebenso beachtlich wie das, was er über die Neidfurcht und die Neidvermeidungsversuche der Politiker und Publizisten in Industrieländern ausführt. Ausgehend vom seelischen Komfortbedürfnis nach Legitimität des Glückes, das nach Max Weber „die positiv Privilegierten innerhalb von der Religion verlangen“ (Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. I. Tübingen 1925. S. 281), fragt Schoeck: „Sucht man heute das seelische Komfortbedürfnis über die Beschäftigung mit den Entwicklungsländern zu stillen, weil die Wohlfahrtsgesellschaft bzw. der agnostische Wohlfahrtsstaat es nicht mehr erlauben, es in der eigenen Gesellschaft zu befriedigen?“ (S. 298).

Alfred Kruse, Berlin

Jürgen Fijalkowski (Hrsg.): Politologie und Soziologie. Otto Stammer zum 65. Geburtstag. Köln und Opladen 1965. Westdeutscher Verlag. 388 S.

Die hier als Buchedition anzuzeigende Festgabe für Otto Stammer aus Anlaß seines 65. Geburtstages am 3. Oktober 1965 war ursprünglich als Heft 3 des 17. Jahrganges (1965) der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ erschienen. Sie vereinigt unter der redaktionellen Leitung von Jürgen *Fijalkowski*, der eingangs über den Lebensweg des Jubilars und die Fügungen und Fährnisse seines wissenschaftlichen und politisch-publizistischen Wirkens berichtet, 23 Beiträge aus der Feder angesehener Autoren des In- und Auslandes und spiegelt darin das weite Arbeitsfeld Stammers wider, das von den Grundfragen der Soziologie und Politologie bis in die Grenz-

und Nachbargebiete gesellschafts- und ideengeschichtlicher Forschung reicht. Der gebotenen Kürze wegen muß es der Rezensent bei der Aufzählung der Mitarbeiter und ihrer Themen bewenden lassen:

Der I. Teil behandelt „Methodenfragen und Kategorialprobleme“ und umfaßt die Aufsätze „Notiz über sozialwissenschaftliche Objektivität“ von Theodor W. Adorno, „Bemerkungen über die Klassifikation politischer Regime“ von Raymond Aron, „Die vergleichende Analyse historischer Wandlungen“ von Reinhard Bendix, „Wissenschafts- und zeitgeschichtliche Probleme der politischen Wissenschaft in Deutschland“ von Karl Dietrich Bracher, „Rationalität revidiert“ von Dieter Claessens, „Politische Wissenschaft und politische Biographie“ von Lewis J. Edinger, „Nationale und transnationale Zusammenhänge“ von Alfred Grosser, „Max Webers Idealtypus der Bürokratie und die Organisationssoziologie“ von Renate Mayntz, „Überlegungen zur Stellung der Politik unter den Sozialwissenschaften“ von Peter von Oertzen und „Der Begriff des Politischen Systems“ von Charles B. Robson. „Soziale Strukturen und politische Dynamik“ lautet das Generalthema des II. Teiles, der die Artikel „Die Bildung aktiver Minderheiten als Ziel demokratischer Erziehung“ von Fritz Borinski, „Unterschiede im Wahlverhalten der Männer und Frauen in Italien“ von Mattei Dogan, „Bemerkungen zur Theorie des Gesetzgebungsstaats“ von Martin Draht, „Die Struktur der sozialen Klassen in Deutschland“ von Gottfried Eisermann, „Die Anpasung der SPD: 1914, 1933 und 1959“ von Ossip K. Flechtheim, „Zur Problematik christlich-sozialer Parteien“ von Otto Heinrich von der Gablentz, „Die sozialen Bewegungen ‚ethnischer‘ Gruppen“ von Rudolf Heberle, „Rationale Legitimierung eines Staatsstreiches als soziologisches Problem (erläutert am Beispiel des türkischen Umsturzes vom 27. Mai 1960)“ von Ernst E. Hirsch, „Beruf und Industrie als Strukturprinzipien gewerkschaftlicher Organisation“ von Heinz Kluth, „Kanada und die Vereinigten Staaten — Eine vergleichende Betrachtung“ von Seymour Martin Lipset und „Zur entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen: Anmerkungen für ein hypothetisches Modell“ von Stein Rokkan umfaßt. Der III. Teil schließlich enthält zwei Abhandlungen zur Klassiker-Interpretation, nämlich „Geschichte und Gesellschaft im Denken Diltheys“ von Hans-Joachim Lieber und „Max Weber — Das soziologische Werk. Zu dem Buch gleichen Themas von Reinhard Bendix“ von Johannes Winckelmann.

Die Sammlung liefert pars pro toto einen eindringlichen Beweis dafür, wie sehr Gesellschaftslehre und Politische Wissenschaft arbeitsteilig ineinander verwoben sind und über scheinpositivistische Fachbezirke hinausgreifen müssen, wenn sie der ganzen kulturwissenschaftlichen Sinnverbundenheit gewahr werden wollen, die die soziologische und politische Qualität aller ihrer Forschungsgegenstände und -ergebnisse ausmacht. Für die hieraus notwendig folgende System- und Welt-offenheit einer historisch orientierten politischen Soziologie hat Stammer exemplarische Zeugnisse geboten, und die angekündigte Gesamtedition seiner Abhandlungen, Aufsätze und Vorträge ist lebhaft zu begrüßen.

Antonio Montaner, Mainz

Tibor von Pásztor: Von marxistischer Ideologie zur Planwirtschaft (Darstellung, Analyse und Kritik). Berlin 1964. Duncker & Humblot. 163 S.

Der Verfasser geht den praktisch-politischen Konsequenzen des Marxismus in seiner historisch wechselnden philosophischen Optik und seiner Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftslehre nach. Dabei bezweckt er, „außer den kausalen Zusammenhängen auch die Gegensätze und Widersprüche der Theorien untereinander und gegenüber der Praxis aufzuzeigen“ (S. 5). Der erste Teil des Buches, überschrieben „Darstellung und Analyse der Ideologie und Praxis“, befaßt sich mit den Lehren von *Marx* und *Engels* sowie von *Lenin* und *Stalin*. Die jeweils bestehenden Abweichungen werden deutlich hervorgehoben. Die tatsächliche Stellung und Bedeutung des Menschen, des Wirtschaftsbetriebes und des Staates in der ideologisch bestimmten gesellschaftlichen Lebenspraxis wird am Beispiel der in Ungarn entwickelten zentral gelenkten Planwirtschaft ausführlich — ich möchte sagen: zu ausführlich — geschildert. Nimmt dieser Abschnitt doch einiges vorweg, was im letzten Kapitel, in der „Kritik der Praxis der entwickelten Planwirtschaft“ behandelt wird.

Nach einer Darstellung der strukturellen und funktionalen Organisation der Planwirtschaft werden der Prozeß der Planungsarbeit, die Verteilung der Planaufgaben, die Erstellung des staatlichen Budgets, die Unternehmensfinanzplanung bis zur Kontrolle der Selbstkostengestaltung dargestellt.

Im zweiten, kritischen Teil wird dem dialektischen und historischen Materialismus von *Marx* und *Engels* der Leninismus bzw. Stalinismus gegenübergestellt. Darstellung und Kritik lassen den Leser bisweilen im unklaren oder fordern seinen Widerspruch heraus. Darf man z. B. über solch einen Satz hinweglesen? „Nach der Lehre Marx' sind die Klassengegensätze ein ‚Produkt der Bourgeoisie‘. Diese Ansicht aber scheint nicht die Folge einer Unkenntnis der Geschichte, sondern der typisch Engelsschen politischen Klugheit zu sein“ (S. 107). Die von *Lenin* und *Stalin* verwirklichte Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsordnung bedeute „keinen Fortschritt in der Menschheitsgeschichte“ (S. 124). Was heißt aber fortschrittlich? Welches Staatswesen, welche Volksvertretung, welche Wirtschaftsordnung ist fortschrittlich? Was der Verfasser als fortschrittlich bezeichnet, nennen die Marxisten reaktionär. Der Verfasser hat schon recht mit seinem Hinweis auf eine freiheitliche Ordnung im Dienste des Menschen. Das Humanum ist indessen auch wieder verschieden interpretierbar.

Das sechste und letzte Kapitel, in welchem der Verfasser die „Praxis der entwickelten Planwirtschaft“ kritisiert, dürfte die volle Zustimmung des Lesers erfahren. Hier bewegt sich der Verfasser wohl auf dem ihm am besten vertrauten Gebiet. Vielfach zitierte Worte von *Imre Nagy* und *Mátyás Rákosi* bekräftigen die Thesen des Autors, so wenn er z. B. das sowjetische zentralistisch-hierarchische Organisationsschema mit den Worten von *Nagy* kritisiert: „Man behandelt die Volksdemokratien nach Schablone, verwendet die gleichen Methoden,

schreibt für ihre Entwicklung gleiche Form und gleiches Tempo vor, obwohl es offensichtlich ist, daß der Sozialismus im Laufe der Entwicklung in der Sowjetunion, in China, Jugoslawien und Ungarn verschieden ist“ (S. 129).

Herbert Schack, Berlin

Eric J. Hobsbawm: Sozialrebelln. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Neuwied 1962. Hermann Luchterhand Verlag. 269 S.

Der am Birkbeck-College der Universität London lehrende Autor legt mit dem (in englischer Sprache 1959 erschienenen) Bande eine analytische Studie jener „archaischen“ Formen gesellschaftlicher Revolte vor, wie sie besonders den Frühstadien einer (vielfach noch bäuerlichen) Sozialbewegung in Ländern mit verhältnismäßig spätem Einbruch des industriekapitalistischen Systems eigen sind. Erscheinungen dieser Art sollten „nicht nur als eine lose Reihe einzelner Merkwürdigkeiten und Curiosa, als Fußnoten zur Geschichte, sondern als ein Phänomen von allgemeiner Bedeutung und beträchtlichem Gewicht in der modernen Geschichte ernsthaft betrachtet werden“ (S. 24).

Das „Sozialbanditentum“ sowie der Typus der Maffia-Bewegung ist im Grunde von *konservativer* Natur. Der „Sozialbandit“ wird folgendermaßen gekennzeichnet: „Der Bandit ist den Kräften der neuen Gesellschaft gegenüber hilflos, denn er kann sie nicht verstehen. Er kann nur kämpfen und versuchen, sie zu zerstören; um das Unrecht zu rächen, um es den Herren einzutränken, um ihnen den Reichtum zu nehmen, den sie geraubt haben und um mit Feuer und Schwert alles zu zerstören, was nicht der Wohlfahrt aller dient: aus Vergnügen, aus Rache, als Warnung für künftige Zeiten — und vielleicht aus Furcht vor ihnen“ (S. 43 f.). Die Entwicklung der sizilischen Maffia als einer von kapitalistischen Großagrariern geführten und anfänglich gegen die Zentralregierung gewandten Bandenbewegung, die ihre Sympathien beim Volk seit Ende des 19. Jahrhunderts an die Sozialisten verlor, zu einer politischen „pressure group und schlimmstenfalls zu einem gewalttätigen Erpresser-Ring“ (S. 78) nach dem zweiten Weltkrieg wird eindrucksvoll beschrieben.

Hiergegen sind „millenarische“ (chiliastische) Bewegungen „revolutionären“, meist bäuerlichen Typs. Sie lehnen die bestehende Gesellschaft in Bausch und Bogen ab und erwarten eine neue Ordnung, die entweder durch systematische Taktik der revolutionären „Machtübernahme“ oder aber irgendwie „von selbst“, als ein Geschenk des Himmels, kommen wird. Ihre Anhänger denken „unpraktisch und utopisch“ (S. 86), oft „ekstatisch“ (S. 87). Solche Bewegungen sind die der Lazzarettisten der südlichen Toscana (etwa ab 1875), „das Schulbeispiel für eine mittelalterliche chiliastische Ketzensekte, die in einer rückständigen Ecke Italiens überlebt hat“ (S. 93), die der andalusischen Dorfanarchisten (von den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1936 wahrnehmbar) und die sizilianischen Bauernbewegungen der fasci (etwa ab 1893). Die beiden letzteren Typen sind

„Beispiele des millenarischen Charakters der sozialen Bewegungen innerhalb einer endemisch-revolutionären Bauernschaft in sehr armen und zurückgebliebenen Gebieten“ (S. 93). Sehr zutreffend ist dabei der Nachweis einer engen Verbindung von Anarchismus und Bauernbewegung (S. 126 u. pass.).

Als eine neuere Form anarchistischer, ungeordneter Sozialbewegung erscheint der städtische Mob. „Der Mob kann als die Bewegung aller Schichten der städtischen Armen definiert werden, die für Erreichung ökonomischer oder politischer Änderungen durch direkte Aktion eintritt, d. h. durch Aufruhr oder Rebellion; sie ist jedoch eine Bewegung, die von keiner bestimmten Ideologie inspiriert ist“ (S. 147). Kennzeichen des Mob ist sein Wankelmut, wie der Autor zutreffend bemerkt. Als die „klassische“ Zeit der Bewegung des großstädtischen Mob erscheint die des Jakobinertums und des frühen Radikalismus (S. 165). Dagegen entwickeln sich mit dem Industriekapitalismus „Arbeiter-Sekten“, die freilich ihren Ort ganz überwiegend in England haben.

Alles in allem gewährt die ungemein kenntnisreiche und profunde, durch Selbstzeugnisse ergänzte Analyse von Typen des noch unartikulierten sozialen Protestes einen tiefen Einblick in die geschichtlichen Formen spontaner Sozialbewegung, die in den überseeischen Industrialisierungsländern von heute wiederum einen Nährboden finden mögen. Die Untersuchung zeigt aber auch, wie beschränkt und schwankend in ihrem Charakter eine Sozialbewegung bleibt, solange ihr keine eigentliche gesellschaftliche Theorie und schließlich eine organisierende Kraft die Richtung weist.

Werner Hofmann, Marburg

Wolfram Fischer: Herz des Reviers. 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen-Mülheim-Oberhausen. Essen 1965. Verlag Richard Bracht GmbH. 428 S.

Dieses Buch, das 1965 zum 125jährigen Jubiläum der IHK der Stadtkreise Essen, Mülheim und Oberhausen erschien, umfaßt die Entwicklung des Mittelpunktes des Ruhrgebiets von seinen allerersten industriellen Anfängen bis in die heutige Zeit. Dazwischen liegt der von vielen Erschütterungen und Krisen begleitete Aufstieg eines kleinen Teils Deutschlands zum Zentrum der Schwerindustrie, zu seiner „Waffenschmiede“, aber auch die Zerschlagung und erneute Umstrukturierung des Herzens des Reviers. Diese Entwicklung des Kammerbezirks wird nun von Fischer aus der Perspektive der IHK heraus dargestellt, so wie sie sich aus deren beobachtender und berichtender Tätigkeit ergibt.

Der erste Teil des Werkes umfaßt die Entwicklung des Kammerbezirks von 1840 bis 1914. Ausgehend von der Wirtschaftslage um 1840 werden in getrennten Kapiteln Bergbau, Eisen und Stahl, die übrigen Industriezweige, Verkehrswesen und die Kreditanstalten dargestellt. Des weiteren werden die Stellungnahmen der Kammer zur Kartell- und Konzernbildung, zur deutschen Wirtschaftspolitik und

zur Arbeiterfrage und Sozialpolitik geschildert. Diese Fragen lassen sich nicht auf einen einzelnen Wirtschaftszweig beschränken. Um daher Wiederholungen zu vermeiden, behandeln die Kapitel über die einzelnen Branchen in erster Linie Probleme wie Entwicklung der Produktionsstätten, der Beschäftigung, des Produktionsumfanges, Umfang der Banktätigkeit, Ausbau des Verkehrsnetzes usw. Zur Veranschaulichung dienen eine Vielzahl von Tabellen und Übersichten. Es ist vielleicht kritisch anzumerken, daß durch die gesonderte Behandlung der Konjunkturen und Krisen, die doch letztlich die Entwicklung der Wirtschaftszweige nachhaltig beeinflussen, der Zusammenhang nicht immer in der nötigen Weise deutlich wird.

Die Zeit von 1914 bis zur Gegenwart umfaßt der zweite Teil des Buches. In diesem Teil wird eine andere Darstellungsweise vorgezogen, es erfolgt eine Aufgliederung des Stoffes nach Zeiträumen. Die Entwicklung der verschiedenen Branchen wird nicht mehr im einzelnen verfolgt, was schon dadurch offenbar wird, daß nur noch wenige Tabellen beigelegt sind. Die Beobachtung des Kammerbezirks erfolgt in großen Zügen. Hierbei wird deutlich, daß der Kammerbezirk nach 1914 mehr und mehr exogenen, sprich politischen Einflüssen ausgesetzt ist. Es wird an Hand von vielen Zitaten aus den IHK-Berichten aufgezeigt, wie zwei Weltkriege und die Diktatur, Ruhrbesetzung und Demontage, Depression, Wiederaufstieg und Wiederaufbau auf ein hochindustrialisiertes Wirtschaftsgebiet wirken.

Naturgemäß liegt das Schwergewicht der Arbeit in der Beobachtung der zwei Grundpfeiler des Reviers, Kohle und Eisen. Es ist auch heute noch instruktiv zu sehen, wie die Interessen dieser Wirtschaftszweige von der Kammer wahrgenommen wurden. Die Wirtschaftsgeschichte des Reviers, die durch häufige und starke Konjunkturschwankungen gekennzeichnet ist, bot häufig Gelegenheit, die Regierungen beschwörend auf die Lage der Industrie hinzuweisen. Der Ruf nach Erziehungszöllen, nach Kartellen als „Kinder der Not“, nach Kolonien zur Sicherung des Absatzes, die Forderung gleicher Startbedingungen usw., alle diese bekannten Argumente werden in den Stellungnahmen der Kammer sozusagen am praktischen Beispiel deutlich. Hochinteressant ist die Schilderung der Arbeits- und Sozialfragen vor der Jahrhundertwende. Man erfährt, daß durchaus nicht alle Arbeiter nur das Existenzminimum verdienten, sondern das Arbeitseinkommen, je nach Qualifikation, recht unterschiedlich war. Andererseits ist es fast ungläublich, gemessen an heutigen Verhältnissen, welche Arbeitszeiten und -bedingungen als angemessen betrachtet wurden und welche Bevormundungen sich die Arbeiter gefallen lassen mußten.

Durch dieses Buch, das eine Fülle von Daten bringt, wird ein einzigartiger Einblick in die Wirtschaftsgeschichte des Reviers vermittelt. Fischer versteht es, Zitate aus zeitgenössischen Dokumenten so zu verwenden, daß ein lebendiges Bild entsteht. An Stelle von Kommentaren läßt er die Zitate für sich sprechen. Leider mußte der zweite Teil des Buches wesentlich knapper als der erste gehalten werden, da die Kammern schweigsamer geworden sind und der größte

Teil ihrer statistischen Tätigkeit vom Staat übernommen worden ist. Dies ist im Hinblick auf den überaus gelungenen ersten Teil zu bedauern.

Dieter Stilz, Berlin

Fritz W. Meyer und Hans Willgerodt (Hrsg.): Beiträge zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Festgabe für Alfred Müller-Armack. („Wirtschaftspolitische Chronik“ des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, 1966.) Köln 1966. Inst. f. Wirtschaftspolitik an der Univ. zu Köln. 308 S.

Das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln hat diesen jüngsten Jahresband seiner „Wirtschaftspolitischen Chronik“ unter dem Titel „Beiträge zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ seinem Gründer und Leiter Alfred Müller-Armack zur Vollendung des 65. Lebensjahres am 28. Juni 1966 gewidmet. Zusammen mit der Festgabe zu seinem 60. Geburtstag umspannt dieses wiederum sehr gehaltvolle und sorgfältig redigierte Gemeinschaftswerk von Freunden, Kollegen und Schülern das ganze Arbeitsfeld des Jubilars von den Grundfragen der Gesellschaftslehre und Sozialökonomik bis zu den Sonderzweigen ihrer politischen Nutzenanwendung und praktischen Bewährung. Die Sammlung ist in fünf Abschnitte gegliedert. Zum Stichwort „Währungsordnung“ setzt sich Fritz W. Meyer eingangs mit der Frage „Kapitulation vor der schleichenden Geldentwertung?“ auseinander, Ernst Dürr erörtert „Die Problematik der Berechnung internationaler Liquiditätslücken“, und Bodo Höpken referiert über „Strukturelle Voraussetzungen einer lohninduzierten Inflation“. Zum Forschungsbereich „Wirtschaftssysteme“ berichten Christian Watrin über „Ökonomische Entwicklungsgesetze“, Helmut Witelberger über „Neuere Vorschläge zur Wirtschaftsrechnung in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung“ und Joachim Starbatty über „Regionale Strukturpolitik, Laissez-faire-System und Soziale Marktwirtschaft“, während „Sozialprobleme“ in den Beiträgen „Flucht vor der Verantwortung und Elitenverschleiß als mögliche Gefahren für die Soziale Marktwirtschaft“ von Hans Willgerodt und „Massenkommunikationsmittel und Idolbildung“ von Harriet Hoffmann angeschnitten werden. „Europäische Integration“ ist der folgende Abschnitt überschrieben, der „Kritische Überlegungen zur mittelfristigen Wirtschaftspolitik der EWG als Koordinationsinstrument“ von Ronald Clapham sowie die Aufsätze „Konzentration, Gemeinsamer Markt und Planifikation“ von Josef Molsberger und „Zur Klärung einiger Aspekte des Problems der internationalen Wettbewerbsverzerrungen“ von Willi Meyer umschließt. Das Sachgebiet der „Entwicklungspolitik“ ist mit den Artikeln „Die Politik der Entwicklungshilfe in strategischer Sicht“ von Reinhold Biskup, „Kollektivistische Entwicklungsplanung“ und Außenwirtschaftsordnung in Entwicklungsländern“ von Rüdiger Doebel, „Über die Terms of Trade der Entwicklungsländer“ von Joseph Hebga und „Zur Ernährungskrise in Indien“ von Ingoß Dammüller thematisch vielfältig vertreten.

Es ist ausgeschlossen, in einer solchen notwendigerweise gedrängten Buchanzeige des näheren zum Inhalt der einzelnen Beiträge Stellung zu nehmen. Alles in allem bekunden die Mitarbeiter — so verschiedenartig ihre Gegenstände auch sind — durch die stete Verknüpfung von Theorie und Praxis, von gesellschaftswirtschaftlichen Leitideen und ordnungspolitischen Entscheidungen die fachliche und menschliche Wirkkraft der von Müller-Armack vorgelebten Gelehrsamkeit und Gesinnungstreue, und ihre tätigen Beweise des Respekts ehren den Jubilar mehr als jede wortgewandt ins Persönliche zielende laudatio.

Antonio Montaner, Mainz

Eugen Böhler: Der Mythos in Wirtschaft und Wissenschaft. (Beiträge zur Wirtschaftspolitik, hrsg. v. Egon Tuchtfeldt, Band 3.) Freiburg/Br. 1965. Rombach & Co. 580 S.

Der vorliegende Sammelband umschließt eine Auswahl von 28 Aufsätzen, die Eugen Böhler in den Jahren 1944 bis 1965 veröffentlicht hat. Bei aller thematischen Vielfalt, die von dem weitgespannten wirtschaftstheoretischen und -politischen Forschungsfeld des Autors zeugt, durchzieht diese Artikel als Konstante die Einsicht, daß der Mythos — das Wunschenken mit seinen aus der Zukunftserwartung resultierenden Gefahren der Selbsttäuschung — eine Begleiterscheinung aller menschlichen Vorgänge und Ereignisse ist, mit der wir als Wissende und Handelnde rechnen müssen, wenn wir die Wirklichkeit und den Lauf der Geschichte verstehen wollen. Gerade die Sozialökonomie muß sich über die Ambivalenz des Mythos im klaren sein, der dem Unbewußten entspringt und dem Fortschritt immer neue Ziele setzt, unser Begehren aber auch allzu leicht maßvergessen macht und in der Konkurrenz widerstreitender Mythologien in Wirtschaft, Staat und Wissenschaft persönliche Ideale kollektiven Ideologien opfert, die das Individuum zu beherrschen und geistig abzutöten suchen. „Noch nie in der Geschichte hat der Mensch so sehr im Bereich der Möglichkeit und so wenig im Bereich der Wirklichkeit gelebt wie in den letzten Jahrhunderten. Denn die Möglichkeit wird zu dauernder Wirklichkeit nur durch die Begrenzung sowie durch ihre Ordnung und Realisierung in der menschlichen Person“ (S. 165 f.). So notwendig auch der Mythos als Träger unseres Selbstbewußtseins unabhängig von allen Erfahrungen und Qualitäten zur Überwindung der Distanz ist, die das objektive wissenschaftliche Denken zwischen dem Ich und der Welt aufgerichtet hat (S. 12, 161), so sehr gilt es einzusehen, daß er unseren konstruktiven und kritischen Verstand in seinen Dienst zwingt und „daß nicht das Rationale das Irrationale trägt, wie wir anzunehmen geneigt sind, sondern das Rationale aus dem Irrationalen hervorgeht als dessen vorübergehende Form und Erfahrung ... Das Meßbare, Buchhalterische und Kalkulative sind nur das Relikt des Unmeßbaren, Lebendigen und Unberechenbaren, nur die Spielmarken, die vom Spiel selbst ihren Wert erhalten“ (S. 151).

Solcherart sind die Leitgedanken und Überzeugungen eines in Theorie und Praxis unserer Disziplin wohlbewanderten Gelehrten, der zudem als Mitglied und Präsident verschiedener beratender Kommissionen die schweizerische Wirtschaftspolitik über 25 Jahre hin wesentlich beeinflusst hat. An seinem Zutrauen in die Erkenntniskraft und Gestaltungsaufgabe der ökonomischen Wissenschaft haben sein erfolgreiches akademisches Wirken in Göttingen und Zürich und seine 1964 in 5. Auflage erschienenen „Grundlehren der Nationalökonomie“ keinen Zweifel gelassen. Aber namentlich seine jahrzehntelange Bewährung auf dem Felde der Konjunkturbeobachtung und -prognostik hat ihm die „Vielfältigkeit der Wahrheit“ vor Augen geführt und gezeigt, „wie gering der Anteil wirklichen Wissens an unseren Theorien und an unserem Handeln ist und wie viel kleiner noch das von uns selbst verifizierte Wissen, so daß es wie ein Tropfen im Meer des kollektiv Übernommenen verschwindet... Auch die sogenannte Vernunft ist eine Form des Vorurteils und die Wissenschaft eine methodisch geleitete Phantasie, eine Form des Glaubens“ (S. 12). Daher müssen wir auch dort, wo wir theoretisierend zu argumentieren meinen, „die wissenschaftliche Methode als Versuch der Objektivierung auf unsere unbewußten Tendenzen anwenden, um zu den irrationalen Voraussetzungen unseres eigenen Handelns vorzudringen“, und „lernen, das wissenschaftliche und das persönliche Weltbild voneinander zu trennen, statt die beiden dauernd durcheinanderzubringen“ (S. 26), denn sonst erweist sich die Wissenschaft als Verbündete der Triebe.

Hätte die Nationalökonomie diesem Objektivitätspostulat nachgelebt, so wäre sie eine ethische Wissenschaft geblieben. Statt dessen gedieh sie zu einem „Bastard aus drei Hauptelementen: einer psychologischen Theorie des Nutzens, einer politischen Theorie des marktwirtschaftlichen Systems und einer mathematisch-statistischen Kreislauf- oder Gesamtgrößentheorie“ (S. 28). Um aus dieser — vor allem vom staatlichen Bedürfnis nach Unterstützung der Wirtschaftspolitik verschuldeten — babylonischen Verwirrung herauszugelangen und den „ewigen Zyklus der Herrschaft von individualistischen und kollektivistischen, von rationalen und irrationalen Lehrmeinungen deduktiver und historischer Richtungen“ (S. 29) zu brechen, bedarf die Wirtschaftswissenschaft einer kritischen neuen Grundlegung, wie sie Böhler in den hier vereinten Essays vorzuzeichnen unternommen hat. Sie fügen sich zu den sieben Themenkreisen „Der Nationalökonom — Aufgaben und Probleme“, „Unbewußte Triebkräfte in Wirtschaft und Gesellschaft“, „Der wirtschaftende Mensch vor seiner Verantwortung“, „Grundfragen der Wirtschaftspolitik“, „Beiträge zur Konjunkturforschung“, „Probleme der Konjunkturpolitik“ und „Über Prognostik und Planung“ und stellen einen repräsentativen Querschnitt durch Böhlers Arbeitsgebiete dar. Wie fruchtbar und weit das vom Autor sozialökonomischer Standortbestimmung und Selbsterkenntnis gewonnene Neuland ist, wie viel aber auch noch zu tun bleibt, um den ertragreichen Boden der Nachbarbezirke für unsere eigenen Belange zu kul-

tivieren, wird auf Schritt und Tritt deutlich. Besonders beeindruckt die Gabe des Verfassers, das Mythos-, Ideologie- und Werturteilsproblem von den philosophisch-erkenntnistheoretischen, tiefenpsychologischen und soziologisch-politischen Fundamenten aus bis zu seinen Spiegelungen in den Symbolen und Projektionen quantitativ- und modelltheoretisch-ökonomischer Raisonsnements, ja bis zu den Manifestationen mythusgeleiteter Erwartungen und Entscheidungen im wirtschaftlichen Alltag (Verschwendung und Sparen, Konsumprestige, Reklame, Mode, Börsenspekulation, Großraumdenken und Wohlstandshybris) einzukreisen und aufzudecken. Im Kleinen wie im Großen, im individuellen wie im Gruppenhandeln wirkt auch im wirtschaftlichen Geschehen das „Gesetz der Polarität“ (S. 369), das unser Dasein in Spannung und Bewegung hält und uns zudem in den Ausgleich der Gegensätze hineinverkettet, ob wir nun mit dem Strom oder gegen ihn schwimmen, ob wir Geschobene oder Schiebende sind: „Wir sind weder frei noch unfrei, sondern frei und unfrei gleichzeitig, aber in verschiedener Richtung.“ Auch unser ökonomisches Erfahrungsgebiet besteht, „wie das Leben überhaupt, aus einem durchschaubaren und einem nicht durchschaubaren Element“ (S. 390), doch heißt uns Böhler damit keineswegs resignieren. Auch Mythen sind im wohlverstandenen Sinn Realitäten, mit denen man rechnen muß: „Es kann sich nicht darum handeln, den Mythos vernichten zu wollen, weil dieser sich mit allem Lebendigen verbindet, sondern nur dessen Blindheit etwas zu vermindern“ (S. 580), und bereit zu sein, „das Erkennbare und Erklärbare bis an die äußersten Grenzen auszuschöpfen und des Unerklärlichen gewärtig zu bleiben“ (S. 390). Im Ergebnis seiner Abhandlung über „Die Zukunft als praktisches Problem“ (S. 539—556), jenem Beitrag, der als die Engführung der ganzen Thematik erscheint, spricht Böhler die Mahnung aus, „daß wir versuchen müssen, uns gegenüber dem blinden Zukunftsglauben kritisch zu verhalten, indem wir unsere unbewußten Triebe und Motive selbst in den Bereich des Bewußtseins ziehen“. Beweiskräftige Proben dieses Vorgehens finden sich in diesem Buch allenthalben. Sie reichen von den Kernfragen der Inflation über die Wachstumsmagie bis zur Programmatik und Praxis der Entwicklungshilfe und bestätigen, daß es stets die unbequemen Wahrheiten sind, die wir aus unserem Wunschdenken verdrängen und um die wir unser Realitätsdenken betrügen.

Sammelwerke wie dieses versöhnen mit der Zeitmode, mehr oder minder erhebliche Zeitschriftenaufsätze gleicher Provenienz in stattlichen und ansprechend titulierten Bänden aufs neue erscheinen zu lassen, was nebenbei bemerkt auch einem Mythos entstammen mag. Von der ersten bis zur letzten Seite wird nicht nur der national-ökonomisch gebildete Leser zum Nachdenken über sein Arbeitsgebiet und über sich selbst angeregt und gezwungen, vor den Instanzen des Wissens und Gewissens Farbe zu bekennen. Böhlers Plädoyer für die Befreiung der Wissenschaft aus dem Halbdunkel ideologischer Selbsttäuschung ist lückenlos. Es wendet sich sowohl an den Agnostiker wie auch an den von *Schumpeter* verspotteten modernen radikalen Intel-

lektuellen, der als vorurteilsfreier Richter alles Menschlichen auf dem Fels der Wahrheit zu stehen vermeint und doch ein wahres Bündel von Vorurteilen ist, die er im Brustton der Überzeugung vertritt. Dem hohen inhaltlichen Niveau des Buches hält Böhlers mustergültig klare und wortgewandte Diktion die Waage.

Antonio Montaner, Mainz

Hans-Jürgen Vosgerau: Über optimales wirtschaftliches Wachstum. Tübingen u. Basel 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) und Kyklos. X/120 S.

Die Zielsetzungen für eine Wachstumspolitik sind vielfältig und bis heute meist nur vage formuliert; dies gilt auch für den Begriff des „optimalen“ Wachstums. Hier liegt der Ansatzpunkt für die Arbeit von Vosgerau; er faßt diesen Begriff im Sinne einer Welfare-Maximierung, d. h. der Maximierung des Nettovorteils, der sich aus dem Nutzen eines Wachstumsprozesses einerseits und dem dafür erforderlichen Opfer andererseits ergibt. Im Grunde liegt ja eine derartige Vorstellung jeder wirtschaftspolitischen Entscheidung zugrunde; jedoch grenzt Vosgerau den Inhalt dieses Gegensatzpaares in einer heroischen, aber theoretisch sauberen und durchaus üblichen Verengung der Fragestellung ein. Während bei ihm der Nutzen aus der Summe der Konsumnutzen über die Perioden der jeweiligen Prozesse hinweg abgeleitet wird, resultiert das Opfer lediglich aus dem Aufwand an Produktionsfaktoren, der dafür erforderlich ist.

Hier liegen bereits die verwundbaren Stellen einer solchen Untersuchung klar zutage: Um optimieren zu können, muß in der Regel eine Bewertung möglich sein. Das Problem des Theoretikers erstreckt sich dabei auf die Art und Weise, in der eine Bewertung des Wachstumsergebnisses einerseits und des Aufwandes andererseits zu formulieren ist, welche Faktoren überhaupt der Bewertung unterliegen und wie sie im Wirtschaftsablauf miteinander verknüpft sind. An den Vereinfachungen, die hier vorgenommen werden, bleibt eine Kritik nur allzu leicht hängen.

Für die Behandlung der Fragestellung sind vor allem zwei theoretische Instrumente erforderlich und zu diskutieren: eine Produktionsfunktion und eine gesellschaftliche Bewertungs-, d. h. Nutzenfunktion. Beides sind die Grundelemente, auf Grund deren die Maximierung des Nettovorteils über die Perioden hinweg vorgenommen, d. h. der optimale Wachstumspfad gefunden werden kann. Unter gewissen Einschränkungen läßt sich dieses Problem auf die Bestimmung der optimalen Investition reduzieren.

Innerhalb des angedeuteten methodischen Problems werden in straffer und exakter Form die Voraussetzungen diskutiert, unter denen die fraglichen Funktionen erstellt werden können, und es werden alternative Formulierungen abgehandelt, mit deren Hilfe sich die bisherigen Beiträge in der Literatur systematisieren lassen. Eine Entscheidung über zu verwendende realistische Funktionen steht demgegenüber bei Vosgerau nicht in erster Linie zur Debatte. Ihn

interessieren Alternativschlüsse und die logische Struktur des Problems selbst. Jedoch werden Hypothesen über bestimmte gesellschaftliche Nutzenfunktionen diskutiert und die Ansatzpunkte für die schließlich gewählte allgemeine Formulierung abgeleitet.

An die eingehende Diskussion der Frage der *Existenz* eines Welfare-Maximums und der in der Literatur vorgelegten Modelle schließt sich die spezielle These Vosgeraus an. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es möglich, den optimalen Wachstumspfad auch unabhängig von allen Annahmen über die Nutzenfunktion (und von der Einführung eines Zeithorizontes) zu bestimmen. Hier wird die Querverbindung gezogen zu der Golden Rule of Accumulation, die bisher nicht im Zusammenhang mit der Wohlfahrtsmaximierung gesehen wurde. Eine entscheidende Besonderheit tritt bei Vosgerau jedoch in den Vordergrund: der Anpassungspfad, der zu diesem optimalen Wachstum hinführt und für dessen Ableitung eine Welfare-Funktion wiederum unentbehrlich wird.

Der Gesamtrahmen der Untersuchung Vosgeraus ist weit gespannt. Sie ist insofern eine „echt theoretische“ Arbeit, als stets die „logische Struktur des Problems“ den Vorrang erhält vor Überlegungen hinsichtlich der empirischen Relevanz, deren Überprüfung ohnehin heute noch im argen liegt. Daher können auch vereinfachende Annahmen, die zu eleganteren Lösungen führen, ohne besonders schlechtes Gewissen gemacht werden. In diesem theoretischen Sinne ist es eine interessante und reizvolle Arbeit.

Joachim Klaus, Erlangen-Nürnberg

Heiner Flohr: Probleme der Ermittlung volkswirtschaftlicher Erfolge. Göttingen 1964. Otto Schwartz & Co. 126 S.

Der Ausdruck „Erfolg“ wird in der Volkswirtschaftslehre, wie Flohr eingangs richtig bemerkt, selten verwendet. Das mag u. E. nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß der Begriff „Erfolg“ in starkem Maße durch subjektive Auslegungen bestimmt ist und deshalb für den wissenschaftlichen Sprachgebrauch nicht präzise genug erscheint. Das Problem, den Begriff „Erfolg“ in sinnvoller Weise zu bestimmen, stellt dann auch die grundlegende Schwierigkeit dieser Arbeit dar.

Zu Beginn seiner Abhandlung versucht Flohr, eine Definition des Erfolgsbegriffs zu geben. Als Erfolg bezeichnet er „den Grad, in dem ein Ziel realisiert worden ist“, als Erfolgsermittlung den „Vorgang, durch den der Grad der Zielrealisierung festgestellt wird“. Ist, wie Flohr an einem Beispiel zeigt, das Ziel (Erhöhung des Sozialproduktes) zu 60 % erreicht, dann ist nach Flohr der Erfolg in entsprechendem Maße realisiert. Diese recht eigenwillige Definition gibt zu Bedenken Anlaß. Durch diese Definition wird die Erfolgsermittlung der Ermittlung der Zielrealisierung gleichgesetzt. Das Problem der Erfolgsermittlung verlagert sich dadurch nur zur Frage der Ermittlung der Zielrealisierung. Weiterhin sollte eine auf das Ziel gerichtete

Betrachtungsweise konsequenterweise auch die bewußt gesetzten Tatsachen (Mittel), die zur Erreichung der Ziele eingesetzt werden, in ihre Betrachtung mit einbeziehen. Dagegen wendet sich Flohr aus nicht verständlichen Gründen. Dadurch verbaut er sich die Möglichkeit, die Relation zwischen Ziel und Mitteln für die Erfolgsbestimmung mit heranzuziehen, wie das z. B. in der Betriebswirtschaft durch die Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag bei der Ermittlung des Betriebserfolges (Gewinn) geschieht. Man kann ein Ziel auf sehr verschiedene Weise erreichen: auf rationelle oder weniger rationelle Weise. Für den „Erfolg“ einer Aktion wird die Art, wie das Ziel erreicht wird, auf jeden Fall von Bedeutung sein.

Im ersten Teil der Abhandlung beschäftigt sich Flohr neben der Abgrenzung des Erfolgsbegriffes mit Zielproblemen in ihrer allgemeinen Bedeutung. Der zweite Teil der Arbeit ist der Untersuchung volkswirtschaftlicher Zielsetzungen gewidmet. Neben der Frage der Abgrenzung volkswirtschaftlicher Ziele von den Zielen anderer Gesellschaftsbereiche wird die Frage nach der Feststellung sowie der Rangordnung und der Kompatibilität volkswirtschaftlicher Ziele untersucht. Flohr stellt fest, daß „im Hintergrund ... die Vorstellung der optimalen Bedarfsdeckung“ gleichsam als letztes Ziel steht. Er prüft deshalb verschiedene vordergründige Ziele der Volkswirtschaft wie die Größe, die Zusammensetzung, die Verteilung und die Erstellung des Sozialproduktes daraufhin, ob und wieweit sie als „Erfolgsindikator“ für die letzte Zielsetzung in Frage kommen. Er gelangt dabei zur Feststellung, daß keines dieser Ziele *allein* — auch nicht die Größe des Sozialproduktes — geeignet ist, diese Funktion zu erfüllen.

Im ganzen gesehen enthält die Arbeit interessante Untersuchungen über die Probleme volkswirtschaftlicher Zielsetzungen. Die Frage der Erfolgsermittlung selbst kommt jedoch zu kurz. Die angeführte Literatur ist in ihrem Umfang reichlich, wenn auch ihre Auswertung mitunter etwas einseitig erfolgt.

Harry Runge, Stuttgart

Alfred Stobbe: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen. Berlin-Heidelberg-New York 1966. Springer-Verlag. 254 S.

Das Buch von Stobbe ist ein Lehrbuch für jene Studenten, die in die Lehre von den quantitativen Beziehungen einer Volkswirtschaft eingeführt werden wollen. Der Inhalt geht ein wenig über das hinaus, was der Titel ankündigt. Nicht unmittelbar das volkswirtschaftliche Rechnungswesen betreffen die Kapitel „Der Wirtschaftsprozeß“ und „Kreislauf-Analyse“. Aber das letztgenannte Kapitel muß als notwendige Vorbereitung auf die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angesehen werden; das erste Kapitel „Der Wirtschaftsprozeß“, das allerdings nur 24 Seiten umfaßt, ist eine allgemeine Einführung, erklärt den Wirtschaftsprozeß und erläutert Grundbegriffe. In den zentralen Kapiteln („Geldarten und Geldmenge“; „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“; „Wirtschaftsstruktur und Preisniveau“; „Zahlungs-

bilanz“⁴⁾ wird mit den aktuellen Zahlen der Bundesrepublik gearbeitet. Vorbildliche Klarheit der Diktion und vorbildliche Übersichtlichkeit qualifizieren das preiswerte Buch zu einem idealen Lehrbuch.

Alfred Kruse, Berlin

Marktbeherrschung und Konzentration. Ergebnisse einer wettbewerbspolitischen Diskussion in Großbritannien. (Schriftenreihe Wirtschaft und Wettbewerb, Heft 11.) Düsseldorf 1965. Verlag Handelsblatt GmbH. 119 S.

In Großbritannien ist im letzten Jahr eine Novelle zum Monopolvertrag verabschiedet worden, die ein Verfahren zur Kontrolle von Konzentrationsvorgängen in der Wirtschaft und in der Presse vorsieht. Da — so führt Eberhard *Günther*, Präsident des Bundeskartellamtes, in seinem Vorwort aus — „die Einstellung zur wirtschaftlichen Macht, vor allem zur Form der Unternehmenskonzentration, und der Notwendigkeit und den Möglichkeiten ihrer Kontrolle, sei es durch Maßnahmen gegen Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen oder — präventiv — schon gegen ihre Entstehung, nach wie vor umstritten (ist)“, ist es für eine zukünftige Konzentrationsdiskussion in der Bundesrepublik und der EWG von besonderem Interesse, zu erfahren, welche Gründe den englischen Gesetzgeber dazu bewogen haben, neben der Aufsicht über Kartelle noch eine verschärfte Kontrolle bei Fusionierung und Konzernierung marktbeherrschender Unternehmen einzuführen.

Die vorliegende Schrift enthält die ins Deutsche übertragenen Texte zweier Studiengruppen, der Bow-Group und des sog. Poole-Committee, über wettbewerbspolitische Fragen der Marktbeherrschung und Unternehmenszusammenschlüsse, des Weißbuches der Konservativen Regierung über Monopole, Zusammenschlüsse und wettbewerbsbeschränkende Praktiken sowie des Gesetzentwurfs der Labourregierung zur Änderung und Ergänzung des Monopolvertrages.

Das englische Kartellgesetz hatte zwar für Kartelle ein wirksames Kontrollverfahren eingeführt (Mißbrauchsprinzip mit umgekehrter Beweislast), bei dem die Kartellanten nachweisen müssen, daß ihr beabsichtigtes Kartell nicht gegen das öffentliche Interesse verstößt, für marktbeherrschende Unternehmen wurde aber die weitgehend unwirksame Regelung des Monopolvertrages beibehalten. Obgleich hierbei in Einzelfällen auch gegen „Monopole“ (Marktanteil von mindestens einem Drittel) vorgegangen werden konnte, sofern diese gegen das öffentliche Interesse verstießen, bestand — abgesehen von der schwerfälligen Prozedur — keine Kontrollmöglichkeit für Zusammenschlüsse.

Beide Studiengruppen, die eine bemerkenswert pragmatische Einstellung zu Wettbewerbs- und Konzentrationsfragen vertreten, setzen sich eingehend mit dieser Situation auseinander. Ihre Kritik richtet sich sowohl gegen die Länge und Schwerfälligkeit des Verfahrens der Monopolkommission wie auch gegen die Begrenztheit der Kontroll-

möglichkeiten. Auf Grund der englischen Konzentrationssituation gehen beide Gruppen davon aus, daß in vielen Fällen Konzentration durchaus dazu beiträgt, die Industrie leistungsfähiger und dynamischer zu machen und die Wettbewerbsintensität zu steigern. Zur Verhinderung eines Mißbrauchs der marktbeherrschenden Stellung, dieser Fall wird als Ausnahme angesehen, wollen sie aber eine wirksame Kontrolle schaffen. In beiden Berichten werden die Möglichkeiten einer solchen Kontrolle sorgfältig gegeneinander abgewogen mit dem Ergebnis, daß „von einer bestimmten Unternehmensgröße an trotz der vorhandenen technischen Schwierigkeiten und möglicher Nachteile für die betroffenen Unternehmen eine *vorherige*, wenn auch nur vorläufige, Klärung der Vereinbarkeit mit dem öffentlichen Interesse wünschenswert und auch praktisch realisierbar ist“. Außerdem wird vorgeschlagen, daß die Unternehmer verpflichtet sein sollen, ähnlich wie bei der englischen Kartellgesetzgebung, nachzuweisen, daß die erwarteten sichtbaren Vorteile für das öffentliche Interesse größer sind als die Nachteile durch eine Wettbewerbsminderung. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das prozentuale Kriterium des Marktanteils zu starr und durch das flexiblere der marktbeherrschenden Stellung zu ersetzen ist.

Die Regierung ist diesen Vorschlägen nur bedingt gefolgt, sie strebt ein nachträgliches Kontrollverfahren an. „Die Monopolkommission soll bevorstehende oder neu vollzogene Zusammenschlüsse, durch die eine marktbeherrschende Stellung entsteht oder verstärkt werden würde, untersuchen. Bei Feststellung eines Verstoßes gegen das öffentliche Interesse soll die Regierung (Handelsministerium) u. a. die Befugnis erhalten, die Veräußerung von Beteiligungen zu verlangen oder, bei noch nicht vollzogenen Zusammenschlüssen, Verbote auszusprechen oder den Vollzug an Bedingungen zu knüpfen.“

Diese Diskussion über Marktbeherrschung und Konzentration enthält zahlreiche Gedanken, welche das deutsche Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wesentlich beeinflussen könnten, um es pragmatischer, flexibler und wirksamer zu machen. Daher ist das vorliegende Buch für all diejenigen, die an wettbewerbspolitischen Auseinandersetzungen Anteil nehmen und nach gangbaren Lösungsmöglichkeiten für die mit der Konzentration zusammenhängenden Fragen Ausschau halten, von außerordentlichem Interesse.

Hanjo Lell, z. Z. Kabul

Ludwig Bußmann: Der Einfluß der Konzentration auf Preise und Gewinne. Köln 1965. Bund-Verlag. 139 S.

Das Ziel dieser Untersuchung ist es, empirisch nachzuprüfen, wie sich das Ausmaß der Unternehmenskonzentration auf die Höhe von Preisen und Gewinnen auswirkt und inwieweit damit die zwischen diesen Größen liegende theoretische Gedankenkette als mit der Wirklichkeit übereinstimmend zu bezeichnen ist. Der Verfasser befaßt sich dazu zunächst theoretisch mit der Zuordnung von Verhaltensweisen zu

morphologischen Marktformen und dann mit dem Einfluß der Verhaltensweisen auf Preise und Gewinne, wobei er unter Außerachtlassung möglicher Ausnahmen zu dem Schluß kommt, daß Preise und Gewinne vom Monopol über das Oligopol bis hin zum Polypol eine abnehmende Tendenz haben. Dieses Ergebnis wird dann noch in einer Diskussion der gemachten Annahmen abgesichert. Wenn damit die theoretischen Probleme auch nicht erschöpfend behandelt wurden, so entsprechen sie doch in ihrer Differenziertheit den später vorgetragenen empirischen Ergebnissen, zumal auch nicht der Versuch gemacht wurde, Abweichungen im empirischen Ergebnis mit Abweichungen im theoretischen Ergebnis zu klären.

Für die empirische Prüfung der These wurde ein interregionaler Vergleich auf dem Biermarkt gewählt, da Brauereien größtenteils Einproduktbetriebe sind, die morphologischen Marktformen regional stark verschieden sind, ergiebige statistische Quellen vorhanden sind und das Produkt relativ homogen ist. Letzteres untermauert der Verfasser mit dem Hinweis auf die bestehende Gemeinschaftswerbung und die geringen Preisunterschiede. Andererseits seien die nächsten Substitute des Bieres, Wein und Erfrischungsgetränke, zu weit entfernt, um die Untersuchung verfälschen zu können. Neben dem Preiswettbewerb ist in der Brauereibranche der Kapitalwettbewerb, hauptsächlich in der Form von kombinierten Darlehns- und Lieferverträgen, besonders wichtig. Dadurch wird der Preiswettbewerb auf die Konsumentenebene verschoben, worin der Verfasser nur eine Bestätigung der Vorrangstellung des Preiswettbewerbs sieht. Hier ist jedoch die Beweglichkeit der Nachfrage wesentlich geringer und damit auch der Wettbewerb nicht so scharf.

Für einen interregionalen Vergleich wäre eine räumliche Markt- abgrenzung zu fordern, bei der zwischen den Gebieten keinerlei Austausch stattfindet, die Regionen selbst jedoch als räumlich nicht geteilter Markt anzusehen sind. Der Verfasser hat als Regionen die Länder der Bundesrepublik gewählt, wobei er die Stadtstaaten den angrenzenden Ländern zuschlägt. Den übrigen „grenzüberschreitenden“ Verkehr glaubt er vernachlässigen zu können, da er das Ausmaß des Transportes über große Entfernungen wegen der hohen Transportkostenbelastung für gering hält und Überschreitungen von Ländergrenzen bei den lokalen Absatzgebieten der Brauereien sich zu einem großen Teil gegenseitig aufheben. Die hier möglichen Fehler werden sich vorwiegend bei den Preisen niederschlagen, weil diese den allgemeinen Statistiken nach Ländern entnommen wurden, während die Gewinne direkt bei den beteiligten Brauereien erfaßt wurden. Die andere Forderung nach ungeteilten Märkten innerhalb der Regionen ist wegen der hohen Transportkosten auch nicht erfüllt. Um hier eine Übereinstimmung zwischen der zu prüfenden Hypothese und den Möglichkeiten der empirischen Untersuchung herbeizuführen, hätten die Transportkosten in der Theorie berücksichtigt werden müssen. Zumindest wären genauere Überlegungen über die Fehlermöglichkeiten notwendig gewesen.

Als Einheit für die Messung der Konzentration, die die Morphologie des Marktes wiedergeben soll, hat der Verfasser die Einheiten unternehmerischer Willensbildung gewählt, also Unternehmen oder Unternehmensgruppen bei Beteiligungen von mindestens 50 Prozent oder 25 Prozent und personeller Verflechtung. Die „Größe“ einer solchen Einheit wird als gewogener Durchschnitt aus Erzeugung, Umsatz und Beschäftigtenzahl mit einer Gewichtung wie 3 : 2 : 1 angegeben. Als Konzentrationsmaß möchte der Verfasser, wie er meint der Marktformenlehre entsprechend, die absolute Konzentration verwenden (S. 47), die sich allerdings nur durch die absolute Anzahl der Einheiten angeben läßt. Tatsächlich wird jedoch ein anderes Maß benutzt, und zwar der Anteil der fünf größten Einheiten am Gesamtmarkt. Dies ist ein mögliches Maß für die relative Konzentration, das gleichzeitig eine Mindestzahl für die absolute Konzentration angibt (z. B. Anteil von einem Drittel — Mindestzahl 15). Die Wahl dieses Maßes ist im Grunde willkürlich, allerdings gibt es auch kein Maß, das in einer Zahl die Marktmorphologie wiedergibt. Hierzu sind nur die vollständigen Konzentrationskurven, also die Abtragung der kumulierten Anteile über den nach Größe geordneten Anbietern, geeignet. Die Vereinigung dieser Konzentrationskurven in einem Bild auf S. 118 zeigt, daß das vom Verfasser gewählte Maß bis auf Ausnahmen als repräsentativ für eine solche Kurve angesehen werden kann. Die Problematik zeigt sich jedoch darin, daß in Berlin nur 3 oder 4 (nicht klar zu ersehen) Anbieter vorhanden sind und davon nur 2 mit Anteilen von etwa 62 und 34 Prozent wesentlich sind, während in Hamburg/Schleswig-Holstein von den 5 oder 6 Anbietern einer einen Anteil von über 70 Prozent hat. In beiden Fällen ergibt sich ein Konzentrationsgrad von 100. Auch Hessen und Bremen/Niedersachsen weisen den gleichen Konzentrationsgrad von 66 auf, in Hessen stehen jedoch 2 bis 3 Große vielen Kleinen gegenüber, während in Bremen/Niedersachsen die Verteilung ausgeglichener ist. Der Verfasser diskutiert dann noch kurz die Nachfrageseite mit dem Ergebnis, daß die Annahme eines vollkommenen Polypsons gerechtfertigt ist.

Nachdem Preise und Gewinne ermittelt worden sind, wobei auch eine Reihe von Problemen auftritt, können sie den verschiedenen Konzentrationsgraden zugeordnet werden. Es ergibt sich, daß die Preise bis auf zwei Ausnahmen (Nordrhein-Westfalen, Bremen/Niedersachsen) mit dem Konzentrationsgrad ansteigen, ebenso die Gewinne, bis auf die Ausnahme von Hessen, wo sie höher liegen als in Bremen/Niedersachsen bei gleichem Konzentrationsgrad. Dies ist jedoch leicht damit zu erklären, daß die Konzentration in Hessen tatsächlich höher ist, wie oben dargelegt wurde. Während sich für die Gewinne ein erstaunlich guter Korrelationskoeffizient von 0,98 ergibt, liegt dieser Wert bei den Preisen nur bei 0,71. Da im theoretischen Modell gleiche Kosten- und Nachfragekurven unterstellt wurden, hätte hier die Übereinstimmung dieser Voraussetzung mit der Wirklichkeit näher geprüft werden müssen. Den Einfluß der Kosten auf die Preise erwähnt der Verfasser überhaupt nicht. Die Tatsache, daß die Kosten

für Braugerste und Hopfen in Norddeutschland meistens höher sind als in Süddeutschland, hätte aber die hohen Preise in Norddeutschland mit erklären können. Ebenso ist zu vermuten, daß die Nachfragekurven in Nord- und Süddeutschland in ihrer Elastizität voneinander abweichen, wodurch aber Preise und Gewinne ebenfalls beeinflusst werden. Der Kostendegression mit steigender Betriebsgröße mißt der Verfasser nur Bedeutung zu, wenn die Betriebsgrößenverteilung in den Ländern unterschiedlich ist. Die unterschiedliche Unternehmensgrößenverteilung läßt jedoch auch eine etwa parallel verlaufende Betriebsgrößenverteilung vermuten, womit eine Einflußgröße gegeben ist, die in derselben Weise wie die zu untersuchende Angebotsstruktur auf die Gewinne wirkt und damit auch zum Ergebnis beigetragen haben kann. Vor einer kritiklosen Verwendung des zunächst sehr eindeutig erscheinenden Ergebnisses sei deshalb gewarnt.

Jürgen Franke, Berlin

Schweizerische Gesellschaft für Konjunkturforschung (Hrsg.): Kultur und Wirtschaft. Festschrift zum 70. Geburtstag von Eugen Böhler. Zürich 1963. Polygraphischer Verlag AG. IX, 436 S.

Die Schweizerische Gesellschaft für Konjunkturforschung hat zum 70. Geburtstag von Eugen Böhler am 27. November 1963 eine Festschrift zur Würdigung des erfolgreichen Wirkens dieses Forschers und Lehrers der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich herausgegeben. Der breite Rahmen, der mit dem Titel „Kultur und Wirtschaft“ gesetzt wird, reflektiert den großen Bereich des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, dem auch das Wirken des geehrten Jubilars gilt. Die in der Festschrift zusammengefaßten Aufsätze von Freunden, Bekannten, Kollegen, Schülern und Mitarbeitern sind das Zeugnis des Vertrauens und des Ansehens, das Eugen Böhler entgegengebracht wird. Unter den mehr als zwei Dutzend Autoren befinden sich Wilhelm Röpke, Emil Küng, Fritz Marbach, Alfred Gutersohn und Alfred Bosshard.

Neben den Beiträgen zur Persönlichkeit des zu Ehrenden und einer Bibliographie seiner Arbeiten enthält die Festschrift zwei Gruppen von Abhandlungen zu verschiedenen Gebieten der Kultur und zu Fragen aus Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Es werden u. a. kulturpolitische und soziologische Fragen behandelt, die Literaturwissenschaft kommt zu Wort, eine Biographie bereichert die Aufsatzsammlung, konjunktur-, wachstums-, außenhandels-, ordnungs-, währungs- und gewerbepolitische Abhandlungen nehmen einen breiten Raum ein. Bei dieser reichen Themenauswahl und der großen Zahl der Autoren von verschiedener Herkunft ist nicht nur der Gegenstand, sondern auch die Darstellung in den Beiträgen sehr verschieden; Einheitlichkeit kann dabei zwangsläufig nicht gewahrt werden. Geschlossenheit ist aber bei einer Festschrift für einen Jubilar, der wie Eugen Böhler selbst so ein breites Arbeitsfeld hat, nicht notwendig, und die Herausgeber haben sie wohl nicht angestrebt. Der Leser findet dafür zu den einzelnen

begrenzten Themen sehr fundierte, abgeschlossene Untersuchungen auf jeweils zehn bis zwanzig Druckseiten. Es übersteigt jedoch die Möglichkeit des Rezensenten, an dieser Stelle die einzelnen Abhandlungen zu besprechen, und eine Auswahl unter den Beiträgen zur Rezension würde der Intention dieser Festschrift gewiß nicht gerecht werden.

Fritz Abb, Frankfurt

Hans-Joachim Lell: Die soziale Harmonisierung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen, dargestellt an der Vereinheitlichung der Altersrenten und Familienbeihilfen in Frankreich und Deutschland. (Sozialpolitische Schriften, Heft 20.) Berlin 1966. Duncker & Humblot. 164 S.

Über Sinn und Zweck der vorliegenden Schrift unterrichten am besten die Ausführungen des Verfassers im Vorwort (S. 5): „Die Aufgabe dieser Untersuchung ist, am Beispiel der Altersrenten und Familienbeihilfen in Frankreich und Deutschland zu prüfen, welche Wirkung eine soziale Harmonisierung auf Kosten, Einkommen, Preise u. ä. haben wird. Doch die Beurteilung der sozialen Harmonisierung ist nicht nur von diesen speziellen Auswirkungen abhängig, die zum Teil kaum meßbar sind, sondern auch davon, inwieweit die Forderung nach sozialer Harmonisierung zur Erreichung der im Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erstrebten Ziele führt und inwieweit sich diese Forderung mit der Sozial- und Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft vereinbaren läßt. Insbesondere soll untersucht werden, ob durch eine soziale Harmonisierung die soziale Sicherung wirklich verbessert wird.“

Die Darstellung gliedert sich in drei Teile: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die soziale Harmonisierung; die wirtschaftlichen Auswirkungen der sozialen Harmonisierung; Beurteilung der sozialen Harmonisierung. Im ersten Teil weist Lell besonders auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der europäischen Integration hin, d. h. der Zusammenfügung bisher weitgehend unabhängiger und gegeneinander abgeschlossener Wirtschaftsräume, einerseits durch eine Intensivierung des Freihandels („funktionelle Integration“), andererseits durch direkte staatliche und supranationale Vereinbarungen und administrative Maßnahmen („institutionelle Integration“). Dieser Aufbau der „sozialen Sicherung“ wird dann eingehend an dem Beispiel von Frankreich und Deutschland geschildert, wobei sich herausstellt, daß die Beiträge in Frankreich wesentlich höher sind als in Deutschland, daß aber für die soziale Sicherheit, gemessen am Volkseinkommen, in Deutschland mehr aufgewandt wird als in Frankreich; in den entsprechenden statistischen Übersichten werden auch die anderen EWG-Länder vergleichsweise dargestellt.

Im zweiten Teil wird zunächst eingehend der „Kaufpreis“ der sozialen Harmonisierung behandelt. In diesem Zusammenhang spielt die Frage eine große Rolle, wer letzten Endes die Kosten der erhöhten sozialen Sicherheit zu tragen hat, wobei auch auf die staatlichen Lei-

stungen und die Steueraufbringung eingegangen wird mit der Feststellung, „daß die Arbeitnehmer die öffentlichen Zuschüsse zur Sozialversicherung weitgehend selbst tragen“ (S. 86 f.), wie überhaupt die Arbeitnehmer „die eigentlichen Lastenträger der Ausweitung der sozialen Sicherung“ sein werden. Es kommt noch dazu, daß wegen der höheren betrieblichen Sozialkosten und der zusätzlichen Sozialleistungen eine generelle Preissteigerung zu erwarten ist (S. 101), selbst wenn Arbeitnehmer oder Staat für die erhöhten sozialen Aufwendungen aufkommen, wobei der Verf. noch besonders an die Gefährdung der Währungsstabilität durch vermehrte Geldmenge (S. 105 ff.) erinnert; ebenso befürchtet er ungünstige Einwirkungen auf den Außenhandel (S. 109 ff.).

Aus den genannten Gründen kommt der Verfasser im dritten Teil zu sehr kritischen Betrachtungen der sozialen Harmonisierung. Bezüglich der Wirtschaftsgestaltung gelangt er hier zu dem Ergebnis, daß „langfristig gesehen . . . für die internationale Konkurrenzfähigkeit eine Steigerung der Produktivität wichtiger (ist) als eine soziale Harmonisierung“ (S. 124). Andererseits „können Wettbewerbsgründe . . . bei Entscheidungen über eine soziale Harmonisierung nicht ausschlaggebend sein“ (S. 127). Auch zur Beseitigung eines vermuteten „Sozialdumpings“ sei eine soziale Harmonisierung nicht notwendig, ebenso würden „ohne Harmonisierung . . . der Lebensstandard und die Freizügigkeit nicht gefährdet“ (S. 131 ff.). Lell erhofft sich andererseits eine bessere soziale Wirkung dadurch, daß „die zusätzlichen Mittel ganz auf die wirklich Bedürftigen konzentriert würden“ (S. 140). Er erwartet eine intensive soziale Hilfe entweder durch gezielte Maßnahmen der nationalen Sozialpolitik oder „durch eine europäische Sozialpolitik, die sich von den bisherigen nationalen Sozialpolitiken weitgehend unterscheidet“ (ibid.). Umgekehrt befürchtet der Verfasser durch die soziale Harmonisierung eine Gefährdung der Währungsstabilität, die ja gerade in einer sozialen Marktwirtschaft und speziell in der EWG „eine primäre wirtschaftspolitische Aufgabe“ (S. 141) darstellt. Um die geschilderten Nachteile zu vermeiden und wirklich die soziale Sicherung ohne Erhöhung der finanziellen Belastung zu verbessern, ist es nach seiner Darstellung notwendig, „daß die soziale Sicherung einmal konzentrierter eingesetzt, und zum anderen, daß sie weitgehend nach dem marktwirtschaftlichen Leistungsprinzip umorganisiert wird“ (S. 149). Am meisten verspricht sich Lell zum Schluß von einer „marktwirtschaftlich organisierten Mindestsicherung, verbunden mit wirksamer Hilfe in besonderen Bedürftigkeits- und Notfällen“ (S. 152).

Dem Verfasser ist es offenbar gelungen nachzuweisen, daß im Sinne der „sozialen Marktwirtschaft“ persönliche Freiheit und soziale Sicherheit auf dem Wege der Wettbewerbswirtschaft am besten in Einklang gebracht werden, wenn eine soziale Sicherheit in der Art seiner Vorschläge angestrebt wird, weil es hier auf die Aufrechterhaltung der Selbstverantwortung, des Leistungsprinzips und der Eigeninitiative ganz besonders ankommt.

Peter Quante, Kiel

Franz Günnicker: Bleibt die Deutsche Mark stabil? Ist die Inflation unser Schicksal? Baden-Baden 1964. Verlag August Lutzeyer KG. 139 S.

Der Verfasser stellte sich die Aufgabe, „die Ursachen der inflationistischen Preisentwicklung im allgemeinen sowie die besonderen Gründe für die Verminderung der Kaufkraft in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt zu beleuchten“ und „die Mittel aufzuzeigen, über die eine Volkswirtschaft zur Abwehr der Inflation verfügt“ (S. 135). Nach einer kurzen Einleitung und einem knappen Abschnitt über Geldwertstabilität werden das Wesen der Inflation, ihre Quellen (Teil IV) und ihre Bekämpfung (Teil V) behandelt. In einer „Schlußbetrachtung“ werden die gewonnenen Ergebnisse kurz zusammengefaßt.

Zu der Geldentwertung im letzten Jahrzehnt in der BRD haben Finanzpolitik der öffentlichen Hand, Kreditexpansion, Zahlungsbilanzüberschüsse (importierte Inflation), Lohnbewegung und gelenkte Preise in unterschiedlichem Ausmaß beigetragen (S. 75). Die Frage nach dem genauen Anteil der einzelnen Faktoren läßt sich nicht genau beantworten, denn ihr Gewicht entzieht sich einer exakten mathematischen Messung. Eine Tabelle auf S. 78 soll aber so weit wie möglich eine zahlenmäßig gestützte Vorstellung über das Gewicht der Inflationsquellen vermitteln.

Wenn die Bemühungen des Staates, der Zentralbank und der Sozialpartner um die Erhaltung der Kaufkraft des Geldes koordiniert und von den Staatsbürgern (als Verbraucher und als Einkommensempfänger) gestützt werden, reichen nach Günnicker die Instrumente, die wir heute schon besitzen, die aber noch verbessert werden können, zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Inflation aus. Er kommt auf S. 139 zu dem Ergebnis, daß es in unsere Hand gegeben sei, das Problem der schleichenden Inflation zu meistern, sie sei jedenfalls nicht unser Schicksal, sie sei nicht der Preis, den wir für das Wachstum, den Fortschritt zahlen müssen. „Eine möglichst alle Bereiche der Volkswirtschaft umfassende freiheitliche Wirtschaftsordnung bleibt ... eine der besten Garantien gegen die inflatorische Preisentwicklung“ (S. 98).

Der Verfasser wendet sich mit seiner Schrift nicht nur an Studenten der Wirtschaftswissenschaft, sondern an alle, die an Wirtschaftsfragen interessiert sind und insbesondere den Zusammenhängen des Geldwesens nachgehen wollen. Die komplizierte Materie wird flüssig, mitunter geradezu bestechend einfach behandelt. Man darf aber nicht übersehen, daß manches eben doch nicht ganz richtig ist und daß Günnicker mitunter nur das sieht, was er sehen will. So will er nur eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt; eine Steigerung der Lohnquote am Sozialprodukt hält er, wie so oft behauptet wird, für gefährlich, da eine Inflation von der Lohnseite her die Folge sein müßte (S. 58 ff.). Auch seine geldtheoretischen Ausführungen, seine Begriffsbestimmung der Inflation und seine Ausführungen über freie Wechselkurse werden kaum allgemeine Zustimmung finden.

Bruno Schultz, Berlin

Erich Schneider (Hrsg.): Internationale Währungsprobleme. Vorträge auf der Round-Table-Konferenz des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel am 11. und 12. Juni 1966. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 95 S.

Den zahlreichen Diskussions-Veranstaltungen über internationale Währungsprobleme hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft eine weitere hinzugefügt. Da die Referenten zu diesen Tagungen meist ein und demselben, nicht gerade großen Kreis von Fachleuten auf diesem Gebiet entstammen, führt dies notgedrungen dazu, daß zu altbekannten Problemen wohlvertraute Standorte bezogen und neuerlich bekräftigt werden. So liefern auch die in Kiel gehaltenen Referate und die vorgelegten Berichte zwar einen anschaulichen Überblick, aber neue Gesichtspunkte werden nicht erschlossen. R. F. *Harrod* analysiert Geschichte, Situation und den nach seiner Ansicht erforderlichen Ausbau des Internationalen Währungsfonds (S. 3—21 und S. 22—24), wobei er wiederum fordert, die internationalen Währungsreserven zu erhöhen. J. M. *de Wilmars* beschäftigt sich in seinem Beitrag gleichfalls mit „Neuen Aufgaben für den Internationalen Währungsfonds“ (S. 43—54). Genauso weiß man, daß S. *Posthuma* für einen multiplen Devisenstandard mit einem bestimmten Goldzusatz eintritt, was von neuem durch seine Ausführungen über den allgemeinen Bedarf an Währungsreserven und die Gleichgewichtsproblematik bestätigt wird (S. 25—42). Während sich J. H. *Gelting* zu der Frage „Liquidity or Adjustment“ (S. 55—61) äußert, zeigt J. *Pedersen* in seinem Beitrag (S. 62—69) die Verbindungslinien zwischen dem Problem der internationalen Liquidität und den nationalen wirtschaftspolitischen Zielen und den ihnen beizuordnenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf, wobei er auch prüft, welche dieser Mittel eine marktwirtschaftliche Ordnung beeinträchtigen würden. Beschlossen wird der Sammelband von einem Aufsatz von O. *Donner*, in dem „Der derzeitige Stand der Diskussion über eine Reform des internationalen Währungssystems“ (S. 70—95) dargelegt wird. — Bedenkt man, daß die Arbeiten von *Harrod*, *Pedersen* und *Donner* bereits in anderen Publikationen des Instituts veröffentlicht wurden und daß die übrigen Untersuchungen, abgesehen von der Analyse *Posthumas*, kaum die Diskussion zu befruchten vermögen, so fragt man sich, ob das Erscheinen dieses Sammelbandes nicht entbehrlich gewesen wäre. Denn die Flut von neu herauskommenden Untersuchungen zu internationalen Währungsproblemen ist nachgerade mächtig genug, so daß der Wiederabdruck jüngst erschienener Arbeiten die einschlägige Literatur unnötig noch weniger überschaubar werden läßt.

Helmut Gröner, Bonn

Bo Södersten: A Study of Economic Growth and International Trade. Stockholm 1964. Almqvist & Wicksell. 190 S.

Die insbesondere von *Hicks* und H. J. *Johnson* in den fünfziger Jahren in die Literatur eingeführten Wachstumsmodelle des Außenhandels (Terms-of-Trade-Modelle) werden in der wertvollen Studie von *Södersten* wesentlich verbessert. Gegenüber den in der Literatur

vorliegenden Ansätzen grenzt der Verfasser seine Analyse in zweierlei Hinsicht ab (S. 24—25). 1. An die Stelle verbaler und geometrischer Analyse, insbesondere bei *Johnson*, tritt ein allgemeines neoklassisches Gleichgewichtsmodell, um in diesem Rahmen in strenger algebraischer Analytik eine klarere und vollständigere Erfassung aller Interdependenzen zwischen Außenhandel und Wachstum zu vermitteln. 2. In die komparativ-statische Analyse im Rahmen der traditionellen Zwei-Güter-Zwei-Länder-Modelle werden keine Variablen eingeführt, die die Untersuchung unnötig komplizieren und die Modellaussagen damit auch weniger generell machen würden. Dieser Gesichtspunkt der Einfachheit und Allgemeingültigkeit wird vor allem gegenüber den Ansätzen von *Seton, Black* und *Kemp* geltend gemacht.

Demgemäß liegt der wesentliche Beitrag der vorliegenden Studie in der Konstruktion eines „Basis-Modells“ aus elf Variablen (Unbekannten) und elf Gleichungen bzw. sechs weiteren Beziehungen (Kapitel 2). An Hand dieses Modells werden die Wirkungen des Wirtschaftswachstums auf die Terms of Trade, das Außenhandelsvolumen und das Volkseinkommen dargestellt. Während im Basismodell die Komponenten des Wachstums unberücksichtigt bleiben, werden die Modelle in den beiden folgenden Kapiteln (3 und 4) durch explizite Einbeziehung des Wachstums zweier Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts erweitert.

Aus der Zielsetzung der Arbeit ergeben sich naturgemäß keine grundsätzlichen Unterschiede hinsichtlich der Ergebnisse im Vergleich zu anderen Terms-of-Trade-Modellen. Vielmehr kommt gerade bei Södersten immer wieder der typische und problematische methodische „bias“ fast aller Terms-of-Trade-Modelle besonders deutlich zum Ausdruck: Exportwirksames Wachstum wird negativ als Minderung des Sozialproduktzuwachses, importkonkurrierendes Wachstum als vorteilhaft vom nationalen Standpunkt aus gekennzeichnet. „Implicit in our results lies the proposition that if a country has the same possibility of growing in either the export or the import-competing sector she ought to prefer the latter“ (S. 49).

Im einzelnen enthält die Untersuchung eine Reihe von wertvollen Aussagen, die sich weitgehend aus dem besseren methodischen Ansatz der Modelle herleiten. So werden z. B. nicht nur die Auswirkungen des Wachstums auf das Preisverhältnis und das Austauschvolumen der beiden Güter, sondern zugleich auch auf das Realeinkommen analysiert. Darüber hinaus werden die Kapitel über das Faktorwachstum und den technischen Fortschritt jeweils ergänzt durch kurze Betrachtungen über die Wirkungen auf Faktorpreise und Einkommensverteilung.

Besonders hervorzuheben ist der in allen entscheidenden Formeln berücksichtigte Elastizitätsfaktor. Mit seiner Hilfe soll die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft analytisch erfaßt werden. Er setzt sich zusammen aus den Nachfrage- und Angebotspreiselastizitäten sowie den Grenzhängen zum Konsum. Die zur Herstellung des Zahlungs-

bilanzausgleichs erforderlichen Terms-of-Trade-Änderungen stehen im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Elastizitätsfaktors (S. 37 und 169). So bedeutsam dieser Faktor formalanalytisch auch sein mag, so ist andererseits aber auch dem Eingeständnis Söderstens beizupflichten: „In order to say something more interesting about adaptability, it would be necessary to go behind the facade of supply and demand elasticities and look into what determines their magnitude“ (S. 170). Abgesehen davon spielt der Elastizitätsfaktor für die allgemeingültige Formulierung des Theorems vom sogenannten Verelendungswachstum eine entscheidende Rolle (S. 52 ff.). Hinsichtlich des Theorems gelangt Södersten zu dem beachtenswerten Ergebnis: „If both countries consume and produce both goods the possibility of impoverishing growth is practically nonexistent“ (S. 56).

Die Ausführungen zu den Terms-of-Trade-Modellen (Kapitel 2—4) werden durch die beiden abschließenden Kapitel der Arbeit fruchtbar ergänzt. Im Kapitel 5 stellt Södersten seinen neoklassischen Modellen und ihren Prämissen (uneingeschränkte Substitution der Produktionsfaktoren; Vollbeschäftigung) zwei andere Ansätze gegenüber. Für das *Harrod-Domar*-Modell, in dem fixe Faktorrelationen mit Vollbeschäftigung kombiniert sind, bemüht sich Södersten um den Nachweis, daß die Übertragung eines solchen Wachstumsmodells in die traditionelle Außenhandelstheorie wenig sinnvoll sei. Wird dagegen mit einem „Unterbeschäftigungs-Modell“ im Sinne von W. A. Lewis gearbeitet, dann müssen davon die grundsätzlichen Aussagen der neoklassischen Terms-of-Trade-Modelle nicht beeinträchtigt werden.

Das letzte Kapitel ist schließlich einer Diskussion früherer Versuche vorbehalten, über die Zusammenhänge zwischen Wachstum und Terms-of-Trade-Entwicklung etwas auszusagen. Behandelt werden neben der „englischen Schule“ (*Torrens, Keynes, Lewis*) vor allem die Thesen von *Singer* und *Prebisch*. Der Ansicht des Verf., daß die Verschlechterung der Terms-of-Trade der Entwicklungsländer nicht mit den spekulativen Thesen dieser Autoren erklärt zu werden braucht, sondern wesentlich befriedigender mit der neoklassischen Modellanalyse abgeleitet werden kann (S. 181), wird man allerdings nur bedingt zustimmen können. Bei aller Problematik der *Singer-Prebisch*-Theorie ist doch hier wenigstens der Versuch gemacht worden, „hinter die Fassade“ der formalen Analytik zu blicken, worauf z. B. gerade in bezug auf den Elastizitätsfaktor Södersten selbst ausdrücklich hingewiesen hat.

Detlef Lorenz, Berlin

Ingvar Svennilson: Schwedens Wirtschaftsprojektion. (Ins Deutsche übertragen von Arnold Harttung.) Berlin 1965. Berlin Verlag. 224 S.

Der erste langfristige Plan für die schwedische Wirtschaft wurde im Jahre 1948 aufgestellt. Er sollte gemäß Art. 3 der Konvention für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit der OEEC als Grundlage für die Vergabe von Marshallplanmitteln dienen. Weil dieser erste Fünfjahresplan schnell durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt

war, die schwedische Regierung aber eine Grundlage für ihre eigenen langfristigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen wünschte, wurde 1950 ein neuer Plan erstellt. Seitdem werden regelmäßig für je fünf Jahre derartige Pläne ausgearbeitet. Es handelt sich dabei um Expertengutachten, die ursprünglich von ad hoc berufenen Kommissionen, neuerdings von einer Planungsabteilung im Finanzministerium ausgearbeitet werden. Sie geben eine Übersicht über die zu erwartende und — in einigen Punkten — über die wünschenswerte Wirtschaftsentwicklung der nächsten fünf Jahre.

Während die ersten Gutachten noch ausschließlich den Zweck hatten, für die staatliche Wirtschaftspolitik eine Grundlage abzugeben, wird in der Einleitung zum Plan für die Periode 1960 bis 1965 als Zweck genannt, „privaten und staatlichen Sektoren Orientierungspunkte für ihre Zukunftsplanung zu geben“. Man strebt ein möglichst umfassendes Informationsinstrument für die Planungen aller Wirtschaftssubjekte an.

Das vorliegende Buch besteht aus drei Teilen. Die Einleitung bildet ein Artikel von Ingvar *Svennilson* (Vorsitzender mehrerer Planungskommissionen und gegenwärtig Planungsberater des schwedischen Finanzministeriums) und Rune *Beckmann* aus dem „Vierteljahresbericht“ (Nr. 3, 1962) von Skandinaviska Banken, der einen knappen, aber insbesondere auch für den Nichtfachmann sehr instruktiven Überblick über Methoden und Problematik der schwedischen Planung gibt.

Eine fast vollständige Übersetzung des Plans für die Periode 1960 bis 1965 nimmt den Hauptteil des Buches ein. Die Entscheidung, einige Kapitel ganz herauszulassen und dafür die übrigen vollständig zu bringen, führt hier leider zwangsläufig zu einer Diskrepanz zwischen der Fülle der technischen Details einerseits und der Unvollständigkeit des Gesamtüberblicks andererseits. Das macht sich besonders in dem Teil bemerkbar, in dem die Pläne für die einzelnen Sektoren dargestellt werden. Von den neun im schwedischen Plan behandelten Sektoren wurden hier nur drei dargestellt (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Industrie), die zusammen etwa 45 v.H. des Bruttosozialprodukts erzeugen, während andere wichtige Bereiche (Handel, Öffentlicher Dienst, Bauwirtschaft, Verkehr) kommentarlos weggelassen werden. Vielleicht wäre eine gestraffte Wiedergabe aller Kapitel eine noch glücklichere Lösung gewesen.

Den Schlußteil des Buches bildet eine innerhalb der Planungsabteilung des Finanzministeriums erstellte Denkschrift, die aus der Gegenüberstellung von Plan und Wirklichkeit bis zum Jahre 1964 eine Zwischenbilanz zieht. In dieser Studie werden die Ursachen für die zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den „Planzahlen“ aufgetretenen Abweichungen gründlich analysiert. Dieses Kapitel stellt eine wertvolle Ergänzung zu den ersten beiden Teilen dar.

Eine gewisse Eigenwilligkeit der Terminologie und in einzelnen Fällen der Orthographie (Wettbewerblichkeit, Graph, GNP, Konsumption usw.) hängt offensichtlich mit der nicht immer ganz glück-

lichen Übersetzung nach der englischen Fassung zusammen. Insbesondere fragt man sich, warum der einleitende Artikel eigens aus dem Englischen übersetzt wurde, obgleich eine deutsche Fassung des „Vierteljahresberichts“ vorliegt. Zumindest hätte man vielleicht — auch zur Vermeidung einzelner Übersetzungsfehler — die schwedische Originalfassung zu Rate ziehen sollen.

Von diesen, mehr technischen Mängeln abgesehen, enthält das Buch jedoch eine Fülle wertvoller Informationen und gibt insgesamt gesehen einen recht abgerundeten Einblick in die schwedische Wirtschaftsplanung und ihre Probleme.

Holger Heide, Kiel

Traute Scharf: Finanzierungsprobleme in den Entwicklungsländern — Methoden der makroökonomischen Eigen- und Fremdfinanzierung. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 126 S.

Die Arbeit geht in breiter Form auf allgemeine soziologische und wirtschaftliche Verhältnisse der sogenannten Entwicklungsländer ein. Dabei gelangt die Verfasserin zu teilweise kühnen Vorstellungen wie etwa der einer industrialisierten und automatisierten Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Wenn gerade in diesem Zusammenhang soziologische Gesichtspunkte nicht weiter erörtert wurden, so ist es sonst zweifellos Eigenart und Verdienst der Arbeit, den in der Literatur immer wieder zu wenig beachteten Aspekten des soziologischen Zusammenhangs Raum zu widmen. Grundsätzlich gelangt die Verfasserin zu dem Schluß, daß die Entwicklungsländer angesichts des Standes der menschlichen Fähigkeiten nur eine „erstaunlich niedrige“ Kapitalrate absorbieren könnten.

Umfangmäßig in der zweiten Hälfte der Arbeit beginnt der eigentliche Hauptteil (Teil III, Finanzierungsmethoden), dem 46 Seiten gewidmet sind. Zuerst wendet sich die Verfasserin Problemen der freiwilligen Ersparnisbildung zu. Als Lenkungsmaßnahmen dafür geht sie auf steuerpolitische Begünstigungen und Zinsdifferenzierungen ein. Gleich im Anschluß daran erscheint dann ein Kapitel, das speziell staatlichen Maßnahmen zur Kapitalbildung gewidmet ist, wobei sich mehr als sonst Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben. Doch werden nur zwei Punkte hierzu erörtert: steuerliche Maßnahmen und Schaffung eines organisierten Banksystems. Im Zusammenhang mit letzterem hätten die Möglichkeiten und Probleme der Geldschöpfung und der monetären Zwangskapitalbildung untergebracht werden können, auf die jedoch überhaupt nicht eingegangen wird.

Im Anschluß an die Ausführungen zur makroökonomischen Eigenfinanzierung geht die Verfasserin auf die Fremdfinanzierung über. Dies ist als der Teil der Arbeit anzusprechen, dem wohl am meisten Bedeutung zuzumessen ist. Dies kommt auch in dem der Arbeit vorangestellten Geleitwort des Präsidenten der österreichischen Bundeswirtschaftskammer zum Ausdruck, der die Arbeit als wertvolle Vorarbeit für fruchtbare Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern vorstellt. Mit Ausführungen

zu Förderungsmaßnahmen und insbesondere zu Schutzmaßnahmen für den Kapitalexport findet die Arbeit ihren Höhepunkt.

Der letzte Teil der Arbeit ist mit „Vorhandene Methoden der Finanzierung auf internationaler Basis“ überschrieben. Hierunter werden jedoch lediglich kurz die Weltbank und ihre beiden Begleitinstitute beschrieben.

Die Arbeit, die in ihrer ersten Fassung wohl 1962 fertiggestellt worden ist, wurde in wesentlichen Punkten auf den neuesten Stand gebracht. Zu bedauern ist, daß nicht auch der wissenschaftliche Apparat überarbeitet worden ist. Außer einem einzigen Hinweis auf eine Veröffentlichung aus dem Jahre 1964 stammen alle Quellenangaben aus dem Jahr 1962 und vorhergehenden Jahren.

In der Arbeit sind vielerlei Fragen (bei zahlreichen, manchmal wohl nicht leicht vermeidbaren Wiederholungen) angesprochen. Es fehlt nicht an Stellen, offensichtlicheren und versteckteren, an denen Diskussion und Kritik ansetzen können. Manches blieb auch unerwähnt, dessen Erörterung im Rahmen der Finanzierungsprobleme hätte aufgenommen werden können. Im Sinne des Schlußsatzes: Es ist noch viel Arbeit zu leisten auf diesem Gebiet.

Jürgen Bosch, Berlin

Claus Mäding: Wirtschaftswachstum und Kulturwandel in HongKong. Köln und Opladen 1964. Westdeutscher Verlag G.m.b.H., 76 S.

Der Verfasser hat sich zu Forschungszwecken ein Jahr in HongKong aufgehalten, und das Ergebnis ist die sehr interessante und fleißige Arbeit, die er hier der Öffentlichkeit vorlegt. Sie hat vor allen anderen in der letzten Zeit erschienenen Bücher über HongKong den Vorzug, daß sie sich auf die Ergebnisse des 1961 durchgeführten Zensus stützen kann. Es war dies der erste Zensus, der seit 1931 vorgenommen worden ist. Damit war es dem Verfasser möglich, seine Ausführungen durch zuverlässiges statistisches Material zu unterbauen. Mäding sieht mit Recht in HongKong einen Modellfall für die intensive Vermischung westlicher und asiatischer Verhaltensweisen. Diese Vermischung wird in seinem Buch geschildert und daraus dann die Schlußfolgerung gezogen, daß es doch in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen muß, den Chinesen an den Industrialisierungsprozeß anzupassen, von dem HongKong nach dem zweiten Weltkrieg erfaßt worden ist und der sich jetzt über die anderen ostasiatischen Länder ausbreitet. Ein ausführliches Literaturverzeichnis bildet den Abschluß des Buches, das sicher dazu beitragen wird, das Verständnis für Ostasien und ostasiatische Entwicklungsprobleme zu fördern.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

George Katona: Der Massenkonsum. Eine Psychologie der neuen Käuferschichten. Wien-Düsseldorf 1965. Econ-Verlag, 407 S.

Die Konsumtheorie ist in einer beklagenswerten Situation. Auf der einen Seite, in der neoklassischen Theorie des privaten Haushalts, herrscht die Fiktion des „ideal consumer“ als eines Individuums, des-

sen Konsumententscheidungen bei gegebenem Einkommen und gegebenen Güterpreisen durch eine in Gestalt einer Indifferenzkurvenschar offenbare Präferenzordnung determiniert sind, durch ein subjektives Wertsystem, das gleichermaßen erkennen läßt, wie der individuelle Konsum auf Variationen des Einkommens und der Güterpreise reagiert. Dieser ideale Konsument der neoklassischen Theorie weist freilich keinerlei Züge auf, die ihn als Verwandten des „actual consumer“ — Unterscheidung von *Hicks* — ausweisen würde. Jener, der wirkliche Konsument, fristet derweil ein von der ökonomischen Theorie unbeachtetes Dasein in mannigfaltigen Monografien über empirische Untersuchungen des Konsumentenverhaltens. Unter diesen von der reinen Theorie ignorierten Explorations nehmen die früheren Veröffentlichungen Katonas — vor allem: „Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer“ und „Die Macht des Verbrauchers“ — einen vornehmen Platz ein, weil vielerlei Probleme, auf die die obwaltende ökonomische Theorie keine Antwort gibt, in einer auch dem Nicht-Ökonomen verständlichen Sprache erörtert werden. Rationale, traditionale und impulsive Konsumententscheidungen; fixe und variable Konsumausgaben; Haushalts-Investitionen; Konsumentencredit-Nachfrage; Lebenszyklus, Konsum und Sparen; Beschleunigung und Verzögerung von Ersatzkäufen; Einfluß von Einkommens- und Preis-erwartungen auf Konsum und Sparen — das sind nur einige Probleme, die Katona in jenen Werken wie in dem hier zur Debatte stehenden behandelt. Denn in diesem wiederholt er im wesentlichen, was er jenen gesagt hat. Hier wie dort präsentiert und kommentiert er die Ergebnisse von vielerlei Erhebungen des von ihm geleiteten Survey Research Center der Universität von Michigan. Das neue Buch ist einfach zu lesen; es spricht vor allem den Praktiker an. Kommt dieser zu seinem Recht, so muß der am Weiterkommen der Wissenschaft Interessierte konstatieren, daß der erwähnten empirielosen Theorie hier die theoriefreie Empirie gegenübergestellt wird, und es erstaunt nicht, wenn ihn der Wunsch überkommt, beide möchten einander ein wenig näherrücken.

Gerhard Schmitt-Rink, Mainz

Peter Meyer-Dohm: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung. (Band 1 der „Beiträge zur Wirtschaftspolitik“, hrsg. von Egon Tuchtfeldt.) Freiburg im Breisgau 1965. Verlag Rombach & Co. G.m.b.H. 419 S.

Seit seinem aufschlußreichen Beitrag „Consumer Economics“ im Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (Bd. 1957, S. 171 ff.) ist Peter Meyer-Dohm der Rolle des Verbrauchers in der Marktwirtschaft und den Bestimmungsgründen des Konsumentenhandelns auf der Spur geblieben. Das vorliegende Werk, das als Habilitationsschrift an der Universität Hamburg entstanden ist und von der Stiftung „Im Grüene“ mit einem Sonderpreis im Rahmen des

vom Gottlieb-Duttweiler-Institut veranstalteten Preisausschreibens über „Die heutige Stellung des Verbrauchers in der schweizerischen Volkswirtschaft“ bedacht wurde, faßt den Ertrag jahrelanger Forschungsarbeit zur Theorie und Praxis der vielberufenen Herrschaft des Verbrauchers in der marktwirtschaftlichen Ordnung zusammen und darf als eine der eindrucksvollsten Leistungen auf diesem erst neuerdings auch im deutschen Sprachraum intensiver erörterten Gebiet bezeichnet werden.

Im ersten Teil befaßt sich der Autor mit der normativen und faktischen Bedeutung der Konsumfreiheit und Konsumentenouveränität innerhalb des Datenkranzes „reiner“ und „gemischter“ Ordnungssysteme zwischen Markt- und Zentralverwaltungswirtschaft und zeigt, welche Wandlungen das liberale Leitbild der Verbrauchersouveränität und deren „Verfassungswirklichkeit“ auf dem Wege zur modernen Überflußgesellschaft erfahren haben. Den zweiten Teil seines Buches widmet Meyer-Dohm den mannigfachen Freiheitsgraden der Konsumwahl im Marktgeschehen, wobei die Instrumentarien modelltheoretischer Präferenzhypothese und sozialökonomischer Verhaltensforschung daraufhin überprüft werden, inwieweit sie zu einer wirklichkeitsnahen Analyse von Konsumplänen und Konsumentenentscheidungen verhelfen können. Der Verfasser bemerkt dazu S. 110, „daß die Prämissen der Modelltheorie, also ihre Daten, uns großenteils Problem sein müssen“ und daß es daher angebracht erscheint, „im weiten Bereich der Verhaltensforschung und realitätsnäherer Konzeptionen Umschau zu halten, um zusätzliche Einsichten in das Kernproblem unseres Themas zu sammeln“. Im einzelnen bezieht der Autor die Problemkreise des Lebensstandards, der Markttransparenz, des Käuferverhaltens und der Marktposition des Konsumenten in diese ergänzende Orientierung über die Beweggründe und Maßstäbe der Kaufentscheidungen ein. Auch hier beläßt es Meyer-Dohm nicht bei theoretisierenden Denkschablonen, sondern forscht den Einflüssen der betrieblichen Absatzwirtschaft (via Preis-, Qualitäts- und Werbepolitik, S. 243 ff.) auf das Konsumentenverhalten, der Mittlerfunktion des Einzelhandels und den Möglichkeiten zur Stärkung der Verbraucherposition durch Bedarfsberatung und Selbsthilfe nach. Im dritten Teil — „Sicherung und Gestaltung der Konsumfreiheit“ — kehren die Betrachtungen zu den wirtschaftspolitischen Voraussetzungen und Konsequenzen der Konsumentenouveränität zurück und umreißen die Erfordernisse der Konsumpolitik in den Bereichen des Angebots und der Nachfrage, deren Dynamik sowohl im Einkommenswachstum als auch in der Arbeitszeitverkürzung sichtbar gemacht wird. Auf dem Weg zu einer „geordneten Konsumfreiheit“ (S. 371) in der pluralistischen Gesellschaft erscheint die Konsumentenerziehung als eine sozialwirtschaftlich vordringliche Bildungsaufgabe, die freilich nicht in der Propagierung eines autoritär empfohlenen Konsumstiles bestehen kann: „An die Stelle des Konsumenten als Souverän, der die roboterhaften Züge des ‚economic man‘ trägt, ist ... ein Mensch getreten, der sich durch zahlreiche Schwächen auszeichnet, aber auch in

hohem Maße Kräfte zur Gestaltung seiner Freiheit besitzt. Wir vermögen nicht zu sagen, ob es unbedenklicher Optimismus ist, wenn wir überzeugt sind, daß das Individuum fähig sein wird, die große Chance zu nutzen, die ihm die Freizeit- und Bildungsgesellschaft bietet“ (S. 372).

Meyer-Dohms Buch gibt einen nahezu lückenlosen Querschnitt durch das weite Gebiet des Konsumentenverhaltens und der Konsumpolitik und wartet mit vielen Einsichten auf, die aus der allzuoft von ideologischen Vorurteilen genährten Kontroverse über die Allmacht oder Ohnmacht des Verbrauchers in der Marktwirtschaft herausführen. Das rund 700 Buch- und Aufsatztitel umfassende Literaturregister zeugt von minuziöser Quellenforschung und bildet eine nützliche bibliographische Beigabe. Lediglich was die doch offenkundigen Konsumreaktionen auf Tauschwertänderungen des Geldes anlangt, hätte man sich mehr Aufklärung gewünscht.

Antonio Montaner, Mainz

Konrad Meyer: Ordnung im ländlichen Raum. Grundlagen und Probleme der Raumplanung und Landentwicklung. Stuttgart 1964. Verlag Eugen Ulmer. 367 S., 16 Abb., 41 Übersichten.

Meyer will mit seinem einführenden Grundriß der Planungswissenschaft Verständnis und Initiativen für die Ordnung im ländlichen Raum wecken und in kritischer Würdigung des bisherigen Verlaufs wirksamere Ansatzpunkte und Wege künftiger Entwicklung weisen. Die Notwendigkeit übergeordneter Koordinierung steht für ihn außer Zweifel, weil die Erwartungen in die selbstregulierende Kraft der freien Wirtschaft enttäuscht wurden, denn das menschliche und im wirtschaftlichen Sinne auch kostenbedingte Beharrungsvermögen am alten Wohn- und Produktionsstandort verhindert den notwendigen Ausgleich; wirtschaftliche Lagevorteile — Absatzlage, Flurverteilung usw. — werden nicht wettbewerblich gesteuert und bilden sogenannte gesetzte Größen; bestimmte Allgemeynkosten verzerren die echte betriebswirtschaftliche Kalkulation, weil sie sich als Leistungen der Allgemeinheit als zusätzlicher Vorteil in Teilräumen äußern, und schließlich ergeben sich interdependente, kumulative Wirkungen zwischen den Betrieben, die zu auf- oder abwärts gerichteten zirkulären Entwicklungen führen können (S. 42 f.). „Wir gelangen damit zu der für die Begründung der Raumordnungsidee wichtigen Erkenntnis, daß das freie Spiel der Kräfte gewöhnlich eher zu einer Vergrößerung als zu einer Verkleinerung der Ungleichheit zwischen verschiedenen Regionen führt“ (S. 45). Wie die beträchtlichen Wohlstandsspannen, die zwischen Agrar- und Industrieländern bestehen, nur durch Entfaltung des Binnenmarktes der Entwicklungsländer beseitigt werden können, so werden regionale Disparitäten innerhalb eines Landes am besten durch Hilfe zur Selbsthilfe überwunden: Die zirkulär-kumulative Verarmungskette muß durchbrochen werden, um der staatlichen Wirtschaftspolitik allgemeine, d. h. in allen Regionen, Wirksamkeit zu geben (S. 48 ff.). Meyer weiß aus seiner langjährigen

Erfahrung und intensiven Beschäftigung mit dem komplexen Stoffgebiet der Raumforschung, welche umfassenden Kenntnisse notwendig sind, um solche Initiativen auslösen zu können. Und deshalb widmet er mehr als ein Drittel seines Buches den Grundlagen, die Wesen und Werden, Beziehungen und Funktionen, Wertung und Bedeutung und schließlich auch die Problematik des ländlichen Raumes betreffen, um so nicht nur die Notwendigkeit seiner Ordnung, sondern auch die gegebenen Möglichkeiten und Grenzen verständlich werden zu lassen. Die Erkenntnis, daß dabei die Landwirtschaft nicht als ein in fatalistischer Lethargie befangener, sondern der übrigen Volkswirtschaft im Bemühen um Produktivität nachstrebender und in Neuorientierung begriffener Wirtschaftsteil hervortritt, dem die Last dieser Raumordnung nicht allein aufgebürdet werden darf, ist notwendige Voraussetzung für die Beurteilung der Entwicklungsschwerpunkte und Planungsziele, die im Mittelpunkt (S. 136—265) der Darlegungen stehen. Denn Landesausbau und Landentwicklung verfolgen raumgerechte Verteilung von Bevölkerung und Arbeitsstätten, ausgewogenes Wirtschafts- und Sozialgefüge, Sanierung von Notstands- und Problemgebieten, gegliederten Aufbau der Gesellschaft durch Förderung wirtschaftlicher und sozialer Dezentralisation, Raum- und Funktionsgliederung im Bereich von Stadt und Umland, Vermeidung lokaler und regionaler „Monokulturen“, größenmäßige und raumrichtige Entsprechung der Wirtschaftsunternehmen, Bewahrung eines nachhaltig gesunden Wirtschaftsgefüges in der Landschaft und die Verhinderung einer „sozialen“ Erosion (S. 141 ff.). Ausgehend vom theoretischen Leitbild, wird der ländliche Raum in seiner Ordnung und Wirklichkeit durch Förderung der regionalen Wirtschaftskraft, Verbesserung der öffentlichen Grundausrüstung ländlicher Bereiche und schließlich durch Verbesserung der Agrarstruktur gezeigt. Weil aber diese Raumordnung in einer sich ständig verändernden Welt entsteht und sich behaupten soll, ist dynamische Anpassung notwendig: „Alle Raumordnungspolitik zielt in irgendeiner Weise auf das Auslösen oder Inganghalten und Beeinflussen von Entwicklungsprozessen ab. Zu ihrer Praktizierung bedarf es . . . vor allem koordinierender und zusammenhängender Pläne und Entwicklungsprogramme sowie des entsprechenden Einsatzes der richtigen Mittel und Methoden zur Beeinflussung des Entwicklungsverlaufs“ (S. 266). Die sichtbaren Erfolge überregionaler Rahmenplanungen im Emsland und im Programm Nord sowie die Leistungen der wissenschaftlichen Raumforschung sind dafür eindrucksvolle Beispiele, die administrativ durch Beratung, Finanzierung und rechtliche Fundierung unterstützt werden müssen. Meyer gibt auch darüber einen informativen Überblick. Ein mehr als 400 Titel umfassendes, nach Kapiteln geordnetes Schrifttumsverzeichnis, Personen- und Sachregister beschließen diesen Grundriß, der überlegen konzipiert und mit außerordentlicher Sorgfalt ausgeführt worden ist. Der Verfasser setzt seine Hoffnungen auf den Nachwuchs in der Planungswissenschaft, ihm will er ein erstes zusammenfassendes Lehrbuch bieten. Das ist ihm im vollen Umfange gelungen, denn

nicht strittige Detailfragen, Unbewiesenes oder gar Hypothetisches findet sich hier, sondern das Erfahrungsgut einer Generation wird vorgewiesen, interpretiert und beurteilt. Das Buch ist nicht leicht, weil es trotz klarer Disposition und Ausdrucksweise eine Fülle von Material und Problemen enthält. Aber das ist notwendig, um Maßstäbe und Größenordnungen zu gewinnen, Zusammenhänge, Begrenzungen und Bedingtheiten zu begreifen. Meyer bietet und verlangt viel, doch er versteht seine Leser zu führen, sie an der kritischen Meinungsänderung zu beteiligen, sie zu interessieren und zu überzeugen. Für dieses Buch darf man Verfasser und Verlag dankbar sein.

Lothar Richter, Berlin

Hans Floitgraf: Steuerprivilegien und Wettbewerb im Bankwesen der Bundesrepublik Deutschland; Untersuchung der unterschiedlichen Besteuerung der Kreditinstitute und ihres Einflusses auf die Wettbewerbsverhältnisse. Reformvorschläge. Frankfurt a. M. 1964. Fritz Knapp Verlag. 180 S.

Die Arbeit ist nicht aus einem engen fachlichen Gesichtskreis entsprungen und steht hoch über dem Verdacht, einer Interessentengruppe zu dienen oder von ihr beeinflusst zu sein. Der Verfasser verbindet die notwendigen Sachkenntnisse der Bankwirtschaft, der Wettbewerbsordnung und des Steuerrechts mit einer hohen geistigen Schulung und Gedankenzucht, ohne wesentlich auf volks- und betriebswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Autoren und Gedankengänge einzugehen. Am nächsten kommt er solchen noch bei Erwähnung von Adam Smith, David Ricardo, Wilhelm Krelle, Oswald v. Nell-Brcuning, Gerhard Weiser, während er unter den Soziologen Theodor Geiger, Rolf Dahrendorf, unter den Steuerjuristen O. Bühler, R. Rosendorff, F. Koppe bevorzugt zitiert.

Die Untersuchung erstreckt sich auf Grundsätze zur Beurteilung der Steuerprivilegien an Hand des Begriffes des Leistungswettbewerbs und der gerechten Besteuerung, sie stellt Steuersystem und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber und führt die Steuerprivilegien der wichtigsten Zentralinstitute auf, um dann bei der Besteuerung langfristiger Bankgeschäfte die privilegierten Kreditinstitute im einzelnen zu würdigen und die Problematik der geltenden Besteuerung langfristiger Bankgeschäfte darzulegen. Diesem und dem folgenden Hauptabschnitt folgt ein Kapitel „Notwendige Reformen“.

Die Arbeit stellt an jeden Leser hohe Ansprüche. Sie sollte vor allem den Referenten des Bundesfinanz- und Bundesjustizministeriums in zahlreichen Exemplaren in die Hand gegeben werden, auch wenn man sich davon keine Beschleunigung der sehnlich erhofften Finanz- und Steuerreform verspricht. Was man jedoch davon erwarten könnte, ist eine Klärung des Sachverhalts, eine Reinigung von ideologischen Schlacken, eine Vermeidung von Interessentenwünschen und eine stärkere Durchdringung mit jener Objektivität, die der Verf. in seiner Einleitung kennzeichnet.

Hanns Linhardt, Nürnberg